

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

11 (8.2.1947)

DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Heute auf Seite 2

Massenrad an Geisteschwachen
Aus den Geheimakten der
badischen Kreispflegean-
stalt Hub bei Bühl
ABERG

2. Jahr / Nummer 11

F S W

Samstag, 8. Februar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Deutschland vor der Moskauer Konferenz

Entschließung der SED - Gemeinsames Handeln aller Antifaschisten muß die Demokratie sichern

Berlin. Das Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) nahm in folgender Entschließung zu der bevorstehenden Moskauer Konferenz der vier Außenminister Stellung:

Die in kurzer Zeit in Moskau beginnenden Verhandlungen zur Vorbereitung einer Friedensregelung für Deutschland werden von tiefenschnellender Bedeutung für unser Volk sein. Wir fühlen uns verpflichtet, jedem Deutschen, dem das Schicksal unseres Vaterlandes am Herzen liegt, die Frage vorzulegen, ob er glaubt, daß nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes die Voraussetzungen geschaffen wurden, um Deutschland den Weg zu einem gesicherten Aufstieg zu bahnen.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ließen keinen Zweifel darüber, daß nur durch die gründliche Entnazifizierung und Entmilitarisierung und durch den Ausbau einer festen demokratischen Ordnung die Voraussetzungen einer gesicherten Zukunft unseres Volkes geschaffen werden können. Diese Forderung der Alliierten entspricht auch unserer Einsicht.

Deutschland darf nicht wieder zu einem Spielball der imperialistischen Reaktion, zum Herd eines neuen Kriegsbrandes werden! Die alten verderblichen Kräfte, die Frieden und Freiheit bedrohen und das deutsche Volk in ein Chaos führten, müssen ausgeremert werden!

Leider kann heute noch nicht für ganz Deutschland die Feststellung getroffen werden, daß diese entscheidende nationale Aufgabe gelöst worden ist.

In der Ostzone sind Verwaltung und Wirtschaft von den Faschisten und Militaristen gereinigt. In den westlichen Zonen herrschen wie die September-Tagung der SPD in Köln feststellen mußte, in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wieder dieselben Kräfte, die in Deutschland die gegenwärtigen Zustände herbeigeführt haben.

In der Ostzone ist die demokratische Bodenreform durchgeführt. In den westlichen Zonen dagegen festigt sich von neuem die Macht der reaktionären, militaristischen Großgrundbesitzer.

In der Ostzone sind die Kriegs- und Naziverbrecher enteignet, ihre Betriebe in das Eigentum des Volkes überführt. In den westlichen Zonen festigt das Konzernkapital von neuem seine Positionen.

Die sogenannte „Zerlegung“ der Konzerne und Syndikate ist lediglich Tarnung und ein Mittel, die wirtschaftliche Macht der Monopolkapitalisten und damit den deutschen Imperialismus zu retten.

In der Ostzone sind mit der demokratischen stimmungsrecht der Arbeiter und Werktätigen geist des Friedens, der Demokratie und des Fortschrittes geschaffen. In den westlichen Zonen sind es besonders die Ober- und Hochschulen, die nach wie vor vom reaktionären und militaristischen Geist beherrscht werden.

In der Ostzone ist das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Wertigen gesichert. In den westlichen Zonen wird versucht, das schaffende Volk von der Mitbestimmung in der Wirtschaft auszuschalten.

In der Ostzone sind die Kräfte der Demokratie und der Ordnung stark. In den westlichen Zonen gewinnen die Angriffe der Reaktion, die sich bereits bis zu terroristischen Bombenangriffen steigern, immer mehr Boden.

Schließlich ist in der Ostzone die grundlegende Forderung verwirklicht:

Alle Macht geht vom Volke aus!

Die demokratisch gewählten Landtage sind die Vollstrecker der ungeteilten demokratischen Herrschaft des Volkes.

In den westlichen Zonen dagegen entwickelt sich immer stärker eine sogenannte autoritäre „Demokratie“, welche die Ausschaltung des Volkswillens und jeder Kontrolle von unten bedeutet. Den unterschiedlichen politischen Methoden und Zielen entsprechen ganz verschiedene wirtschaftliche und soziale Ergebnisse.

In der Ostzone waren zwar durch die wirtschaftliche Abrüstung, Demontage und die Entnahme eines großen Teiles der laufenden Erzeugung zu Reparationszwecken große Bestellungen zu ertragen. Aber die Industrieproduktion hat in dieser Zone den Stand von 70 Prozent der Friedensfertigung erreicht. Nach der Erklärung Marshall Sokolowskis besteht die Gewißheit, daß der wirtschaftliche Aufstieg in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden kann und sunmehr auch in wachsendem Maße eine Verbesserung der Lage des schaffenden Volkes herbeiführen wird. Weitgehend fortschrittliche Maßnahmen sozialen Charakters sind durchgeführt. Die Ernährung wird weiter aufgebessert werden.

In den Westzonen steht die wirtschaftliche Abrüstung und eine beträchtliche Demontage erst noch bevor.

Trotzdem hat die Wiederingangsetzung der Industrieproduktion kaum die Hälfte des Ausmaßes in der Sowjetzone erreicht. Die deutsche Wirtschaft gerät in diesen Zonen immer mehr in gefährliche Ueberfremdung und die Zukunft ist mehr als düster. Von einer ernst fortschrittlichen Sozialpolitik ist nichts zu spüren. Die Krise der Volksernährung verschärft sich.

Nun wird versucht, dem wirtschaftlichen Dilemma durch die Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone zu entkommen. Die Tatsachen beweisen bereits, daß dies kein Ausweg ist. Notwendig ist eine gesamtdeutsche Regelung, die durch diese Maßnahme nur behindert wird.

In der Ostzone steht die Bevölkerung einmütig für den Aufbau der einheitlichen, unteilbaren deutschen demokratischen Republik bei dezentralisierter Verwaltung ein. Die einzelnen Länder bilden feste Bausteine der Einheit Deutschlands.

In den westlichen Zonen breiten sich zerstörende partikularistische Tendenzen aus. Sie drohen, die Möglichkeit des Aufbaus einer selbständigen nationalen Existenz unseres Volkes zu vernichten und Deutschland in koloniale Abhängigkeit zu bringen.

Es gibt Politiker in den westlichen Zonen wie auch in Berlin, die fortgesetzt betonen, die wirkliche Macht liege bei den Militärregierungen, die der deutschen Politik den Kurs vorschreiben. Damit soll aber nur der eigene mangelnde Wille zur tiefgreifenden demokratischen Neugestaltung Deutschlands, zur konsequenten Vertretung der Volksinteressen unzureichend entschuldigt werden. Demgegenüber betont der Parteivorstand der SED:

Von uns Deutschen selbst hängt es ab, welchen Weg wir beschreiten und zu welchen Ufern wir streben!

Was ergibt nun die Bilanz, die vor der Moskauer Konferenz zu ziehen ist?

Im Osten Deutschlands ist ein neuer Weg, der richtige Weg beschritten! Im Westen und Süden werden die nach 1918 begangenen Fehler wiederholt!

In der sowjetischen Besatzungszone ist die Einheit der Arbeiterbewegung hergestellt. Unter voller Einschaltung der Arbeiterklasse als der wahrhaft demokratischen Kraft ist der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien geschaffen. Das ist das politische Fundament der erzielten Fortschritte und Erfolge.

In den westlichen Zonen wird die Spaltung der Arbeiterbewegung erhalten und vertieft, die schädliche Weimarer Koalitionspolitik wiederholt und damit auf die Führung der Arbeiterklasse und den Block der antifaschistisch-demokratischen Kräfte verzichtet. Es fehlt das politische Fundament zum Aufbau einer festen demokratischen Ordnung.

In der Ostzone ist der Erfolg der Demokratie gesichert; die Entwicklung führt unmittelbar an die Schwelle zum Sozialismus heran und schafft die Voraussetzung für die sozialistische Umgestaltung der ganzen Gesellschaft. Im Westen und Süden Deutschlands ist die Demokratie eingeeignet; die Entwicklung droht zurück in die Vergangenheit, zur Wiederaufrichtung des monopolistischen, kriegschwangeren Kapitalismus zu führen.

(Fortsetzung Seite 2)

Grotewohl für Revision der Ostgrenzen

Berlin. Der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei, Otto Grotewohl, erklärte in Beantwortung eines Fragebogens der „Neuen Zeitung“, daß die Abfassung eines Friedensvertrags der Ausarbeitung eines Friedensstatuts, das Deutschland aufgezungen würde, vorzuziehen sei. Die innerpolitische Entwicklung erlaube es durchaus, daß Deutschland in Moskau vertreten werde. Die Annahme des Vorschlags der UdSSR, so sagte Grotewohl, würde die Aufstellung einer deutschen Delegation für die Friedenskonferenz aus Vertretern einer eventuellen deutschen Zentralregierung möglich machen. Grotewohl erklärte ferner, daß der Vertrag von allen deutschen Parteien unterschrieben werden muß, unter der Bedingung allerdings, daß seine Bestimmungen die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands gestatten. Die Reparationen dürften nur dem Ertrag der deutschen Produktion entnommen werden. Der von den Alliierten für die Reorganisation der deutschen Industrie aufgestellte Plan müßte in dem Sinne revidiert werden, daß eine Steigerung des Industriepotentials vorgenommen wird, wenn die Alliierten Reparationen erhalten wollen.

Grotewohl forderte die Demokratisierung und Verstaatlichung der großen Industriebetriebe des Ruhrgebietes, um jede Wiederaufrüstung zu verhindern. Er regte an, daß die Sanierung der wirtschaftlichen Lage des Ruhrgebiets im Interesse der benachbarten Nationen durch internationale Abkommen erzielt werden könnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Bezug auf die endgültigen Grenzen Ostdeutschlands eine Verständigung erzielt werde. Das Abkommen von Potsdam, sagte er, in dem festgelegt ist, daß diese Grenzen nur vorläufige sind, stellt eine gute Grundlage für eine endgültige Regelung dar.

Die Nürnberger werden energisch

Maßnahmen des Stadtrates gegen den Bombenterror

Nürnberg. Der Nürnberger Stadtrat hat, um zukünftig allen Terrorakten nazistischer Elemente begegnen zu können, in einer außerordentlichen Sitzung folgende Beschlüsse gegen die Nazi-Aktivisten angenommen:

1. Noch in leitenden Stellungen befindliche Nationalsozialisten in der Stadtverwaltung sind nach Prüfung durch den Ältesten-Ausschuß zu entlassen.
2. Als Schwarzhändler und Schieber festgestellte Nazis sind im Schnellverfahren zu verurteilen und in Internierungslager einzuweisen. Den dabei betroffenen Geschäftsleuten sind außerdem die Lizenzen zu entziehen.
3. Von den Landesbehörden werden sofortige Maßnahmen zur Entlassung belasteter Nazis aus staatlichen und öffentlichen Stellen verlangt.
4. Die aus der Nazizeit noch bestehenden kriegswirtschaftlichen Organisationen und Einrichtungen sind sofort zu durchprüfen und aktive Nazis zu entfernen.
5. Alle von den Spruchkammern zu Arbeitslagern Verurteilten sind sofort zu verhaften.
6. Sofern im Rahmen des Reparationsprogrammes Arbeitsleistungen deutscher Staatsangehöriger verlangt werden, sind ausschließlich aktive Nationalsozialisten heranzuziehen.
7. Schaffung einer politischen Polizei zum Schutz des demokratischen Aufbaues und zum Schutz gegen nazistische Untergrundbewegungen.
8. In den Internierungslagern sind ab sofort folgende Maßnahmen durchzuführen: Urlaubs- und Ausgangssperre; Paketsperre; Herausnahme der Spruchkammern aus den Lagern; Prüfung der

Internierten, die Mitarbeiter der Lagerleiter oder der Militärregierung sind; Ueberprüfung der Disziplinarschriften für das Lagerpersonal; politische, kriminelle und charakterliche Ueberprüfung des Lagerpersonals; Aufhebung der Selbstverwaltung des Lagers.

Falls nach zehn Tagen, also bis zum 14. Februar 1947, die Täter des Bombenanschlags vom 2. Februar 1947 auf das Gebäude Karl-Broeger-Straße 9 noch nicht ermittelt sind, treten auf Forderung des Stadtrates folgende Maßnahmen in Kraft:

9. Allen dem Arbeitseinsatz zugewiesenen Nationalsozialisten wird auf die Dauer von vier Wochen die Schwerarbeiterzulage entzogen.
10. Die Zusammenlegung und Umquartierung von aktiven Nazis ist schnellstens und verschärft durchzuführen. Hauptschuldige und Aktivisten sind sofort in Barackenlager einzuweisen.
11. Verhaftung aller HJ-Führer vom Stammführer aufwärts sowie aller Hauptschuldigen und Aktivisten.

Oberbürgermeister Ziegler betonte vor der Beschlußfassung, daß uns Deutschen die Zerstörung durch den Krieg für alle Zeiten genüge. „Der Terror war“, so fuhr Ziegler fort, „wie Hitler selbst sagte, das wirkungsvollste Mittel der Politik, auf das er nicht verzichten konnte. Diese Beschlüsse sollen allen Naziterroristen eine Warnung sein.“

Der Proteststreik erio'greich

Nürnberg. In allen Nürnberger Großbetrieben in der Stadtverwaltung, den Postbehörden und

allen öffentlichen Betrieben wurde der Aufforderung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeit von 12 bis 18 Uhr niederzulegen restlos Folge geleistet.

Die Zahl der Streikenden in Nürnberg wurde auf 60-70 000 geschätzt. Auch die Arbeiter und Angestellten der Stadt Fürth, sowie diejenigen Schwabachs haben einer Aufforderung zum Proteststreik der Gewerkschaften Folge geleistet.

Bamberg. Zu einem allgemeinen zweitägigen Proteststreik gegen die nazistischen Provokateure, die sich bei dem Bombenattentat in Nürnberg wieder entlarvten, forderte die Einheitsgewerkschaft Bamberg Stadt und Land am Montag auf.

Berlin. Der Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Großberlins hat den Werk-tätigen Nürnbergs, die mit einem 6-stündigen Generalstreik gegen den Bombenanschlag auf den Vorsitzenden der Nürnberger Spruchkammer protestierten, telegraphisch seine wärmste Sympathie ausgesprochen. Die Berliner freien Gewerkschaften, so heißt es in dem an den allgemeinen Gewerkschaftsbund in Nürnberg gerichteten Telegramm, erklären sich mit diesem vorbildlichen Akt der gewerkschaftlichen Entschlossenheit völlig solidarisch. Sie geloben den Kampf der Nürnberger Werk-tätigen gegen den faschistischen Terror mit aller Entschiedenheit zu unterstützen.

KPD fordert antifaschistische Komitees

München. Zum gemeinsamen Kampf gegen die Kriegsverbrecher, fordert die KPD Bayerns in einem Aufruf alle demokratischen Kräfte des Landes — besonders die Anhänger der beiden Arbeiterparteien — angesichts der Nürnberger Bombenattentate auf. Die faschistischen Attentate sind im Hinblick auf die Moskauer Konferenz eine besondere Gefahr für das deutsche Volk, da sie das Vertrauen der anderen Völker in die Bereitschaft des deutschen Volkes zu Frieden und Demokratie untergraben, heißt es in dem Aufruf, die KPD schlägt vor, in allen Orten Bayerns Komitees aus zuverlässigen Antifaschisten zu bilden, die die Fälle der Kriegsverbrecher und Faschisten feststellen, und den zuständigen Stellen zur sofortigen Aburteilung übergeben. Außerdem muß das Mitbestimmungsrecht der Werk-tätigen, sowohl bei der Entnazifizierung, als auch in der Verwaltungswirtschaft schnellstens restlos verwirklicht werden.

Ein Attentäter verhaftet

München. Die Münchener Polizei hat den 20-jährigen Rudolf Murr verhaftet, der sich freiwillig den Behörden gestellt hatte, mit dem Geständnis, an dem Nürnberger Bombenattentat beteiligt gewesen zu sein.

Wieder ein Attentat

Bremen. Auf das Hauptverwaltungsgebäude der amerikanischen Militärregierung in Bremen, ist am Mittwoch ein Bombenanschlag versucht worden.

Noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages Aufnahme deutscher Gewerkschaften in den WGB

Paris. Die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund werde noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland stattfinden, erklärte der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes Louis Saillant, der kürzlich mit leitenden Persönlichkeiten dieser Organisation Deutschland bereiste. 6 400 000 deutsche Arbeiter, so führte Saillant weiter aus, seien bereits Gewerkschaftsmitglieder und diese Zahl vergrößere sich laufend, seitdem der Weltgewerkschaftsbund gemeinsame Tagungen leitender Gewerkschafter aus allen vier Zonen organisiert habe.

Parteienkonferenz soll deutsche Vertretung in Moskau vorbereiten

Köln. Zur Vorbereitung einer deutschen Vertretung bei den Friedensverhandlungen in Moskau forderte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei für die britische Besatzungszone Deutschlands, Max Reimann, eine sofortige Zusammenkunft der deutschen Parteien. Reimann unterstrich die Notwendigkeit einer solchen Aussprache zwischen den deutschen Parteien und

schlug vor, daß die stärkste deutsche politische Konzentration, der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien Berlins, diese Zusammenkunft organisieren solle.

Unsere Kriegsgefangenen in Frankreich

Washington. Der Staatssekretär des amerikanischen Ministeriums für die besetzten Gebiete gibt bekannt:

Die amerikanische Regierung hat ihre Zustimmung gegeben, zu dem französischen Vorschlag in der Angelegenheit der deutschen Kriegsgefangenen, die von amerikanischen Truppen gefangen genommen und dann der französischen Verwaltung übergeben wurden. Die amerikanische Regierung hatte ursprünglich gebeten, alle diese Kriegsgefangenen bis Oktober 1947 zu repatriieren. Amerika hat bis jetzt jedoch sich die französische Anregung zu eigen gemacht, wonach den Kriegsgefangenen die Wahl gelassen werden soll, sich entweder repatriieren zu lassen oder als Zivilarbeiter in Frankreich zu bleiben. Um eine freie Entscheidung zu garantieren, wird der Vorgang unter Aufsicht des Internationalen Roten Kreuzes stehen.

Polen an der Londoner Vorkonferenz

London (Rhena). Im Verlauf einer Pressekonferenz erklärten die Mitglieder der polnischen Delegation bei der Konferenz der Sonderbeauftragten der Außenminister: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entwaffnung und Umerziehung sind für die Polen die Grundbedingungen für den zukünftigen Neuaufbau Deutschlands. Sie betonten, daß die für Deutschland unbedingt notwendige Kontrolle nur dann wirksam werden könne, wenn dieses Land nicht in von einander getrennte Staaten aufgeteilt werde. Die polnische Regierung sei der Meinung, daß Deutschland gemäß dem Abkommen von Potsdam eine politische und wirtschaftliche Einheit bilden müsse. Betreffs der zukünftigen Beziehungen Polens zu Deutschland ist die polnische Regierung bereit, diese, entsprechend der geographischen Lage der beiden Länder, kommerziell und friedlich zu gestalten; die Delegation betont aber, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau der von Deutschland verwüsteten alliierten Länder vor demjenigen Deutschlands an die Reihe kommen müsse.

Die polnische Regierung stimmt den russischen Vorschlägen zu, in denen empfohlen wird, daß ein Vertreter des deutschen Volkes bei der Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Deutschland zugegen sein solle.

Die polnische Regierung glaube schließlich nicht, daß bereits der Augenblick gekommen sei, den Deutschen die Erledigung ihrer inneren Angelegenheiten selbst zu überlassen. Die Entnazifizierungs-, Entwaffnungs- und Umerziehungsmaßnahmen seien noch nicht genügend weit vorgeschritten, und Deutschland besitze noch nicht die erforderliche demokratische Lebenskraft.

Dänische Forderungen

London. In einem den Sonderbeauftragten der Außenminister der vier Großen übermittelten Memorandum erklärt die dänische Regierung, daß ihr Land die Erwartung hegt, daß es von den deutschen Reparationen einen gerechten Anteil erhalten wird. Sie verlangt, daß der Kaiser-Wilhelm-Kanal für Schiffe aller Nationen geöffnet und unter die Kontrolle eines internationalen Organs gestellt wird. Sie wünscht, daß im Rahmen des deutschen Staates eine verwaltungsmäßige Trennung zwischen Südschleswig und Holstein besteht. Die dänische Regierung macht Bedenken für die zukünftige Sicherheit für die Grenze ihres Landes mit Deutschland geltend und fordert, daß die aus anderen Teilen Deutschlands

stammenden Flüchtlinge, die sich zur Zeit in Südschleswig befinden, abtransportiert werden, da sie, wenn sie dort für dauernd blieben, eine gewisse nationalistische Unruhe hervorzurufen könnten.

„Dänemark, das ein Opfer wiederholter Aggressionen von Seiten Deutschlands geworden ist, ist in ganz besonderer Weise an der völligen und dauernden Vernichtung des deutschen Militarismus interessiert“, wird in diesem Memorandum betont und hinzugefügt, daß die staatsbürgerliche und demokratische Freiheit allen Bewohnern Deutschlands in wirksamer Form zugesichert werden müsse. Diese Rechte sollten auch ausdrücklich für die nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen, die in Deutschland leben, garantiert werden. Politisch und wirtschaftlich müßten diese Gruppen mit den anderen Deutschen völlig gleichgestellt sein. Auch in dieser Beziehung sei die Kontrolle durch ein internationales Organ erforderlich.

Die dänische Regierung wünscht, daß die deutschen Flüchtlinge in Dänemark, deren Zahl zur Zeit noch etwa 180 000 beträgt, raschestens repatriert werden.

Im Innern Deutschlands dürfe keine wirtschaftliche Schranke errichtet werden, da sie zu einer Desorganisation des deutschen Wirtschaftslebens führen könne.

Es sei von Bedeutung und ganz normal, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn in den für das Wirtschaftsleben erlaubten Grenzen wiederhergestellt würden. Allen Nationen sollten auf dem deutschen Gebiet Verkehrserschwerungen gewährt werden.“

Die Stellung der Tschechoslowakei

Prag. „Unsere Forderungen von Deutschland sind gering, und wir hoffen, daß einige unserer bedeutendsten Ansprüche an Oesterreich durch ein zweiseitiges Abkommen geregelt werden“, erklärte der tschechoslowakische Ministerpräsident Zdenek Fierlinger und fuhr fort: „Wir wollen nicht die Vernichtung des deutschen Volkes. Wir sind jedoch der Ansicht, daß das Problem der Entnazifizierung, der Schaffung einer wirklichen Demokratie und der moralischen Wiederauf-erziehung für das deutsche Volk von größerer Bedeutung ist, als die Frage seiner Grenzen. Nach den bitteren Erfahrungen der vergangenen Jahre müssen die Deutschen einsehen, daß ihre Nachbarn Garantien gegen eine mögliche Aggression haben wollen.“

Papens „Festhaltung“ angeordnet

Wegen Irreführung der Spruchkammer in der Testaments-Angelegenheit

Nürnberg. Die Festhaltung Franz von Papens wurde von der Nürnberger Spruchkammer 1 angeordnet. Damit wurden die persönlichen Freiheiten, die der Betroffene bisher genoss, eingeschränkt.

Präsident Sachs begründete den Beschluß damit, daß Papen die Kammer mit seinen Aussagen über das politische Programm Paul von Hindenburgs irreführt habe. Die Aussagen der Zeugen Oskar von Hindenburg und des früheren zweiten Adjutanten Hindenburgs, von der Schulenburg, der vorher in der Verhandlung vernommen worden war, hätten übereinstimmend ergeben, daß in dem Testamentsentwurf, wie Papen ihn vorschlug, bereits die bekannte Stelle von der „Einigung des Volkes“ nach dem 30. Januar 1933 und die Verherrlichung der Person Hitlers enthalten war.

Papen habe aber bisher behauptet, daß diese Sätze nicht von ihm stammten, und erst nach der Aussage von der Schulenburg zugegeben, diese Worte könnten „sinngemäß“ von ihm stammen.

Von der Schulenburg hatte vor der Beschlußfassung der Kammer ausgesagt, er persönlich habe im Mai 1934 das politische Testament Hindenburgs „an das deutsche Volk“ und das Schreiben „an den Kanzler Adolf Hitler“ in Reinschrift geschrieben, nachdem er es von Reichspräsidenten erhalten hatte. Diese beiden Testamente, so fuhr der Zeuge fort, seien noch im gleichen Monat von Paul von Hindenburg im Beisein seines Sohnes Oskar unterzeichnet worden.

Auf Befragen des Vorsitzenden betonte von der Schulenburg nochmals ausdrücklich, daß diese Testamente denselben Wortlaut hatten, wie sie später in der Presse veröffentlicht wurden.

Inwieweit der mit Schreibmaschine geschriebene und mit Bleistift abgeänderte und ergänzte Entwurf des Schreibens „an den Kanzler Adolf Hitler“ von Papen stamme, war dem Zeugen nach seiner Aussage nicht bekannt. Als der Vorsitzende den Betroffenen hierauf fragte, ob dieses Schreiben sein Entwurf gewesen sei, erklärte von Papen, „wenn ich dem verstorbenen Reichspräsidenten in meinem Entwurf vorschlug, auf die Wiedereinführung der Monarchie zu dringen, so kann ich doch nicht Hitler als Staatsoberhaupt empfehlen“. Allerdings, so sagte Papen, habe er dem Reichspräsidenten vorgeschlagen, auf die Ereignisse des 30. Januar 1933 und die „Einigung des Volkes“ einzugehen.

Auf diese Aussagen des Betroffenen hin zog sich die Kammer zu einer längeren Beratung zurück, als deren Ergebnis der Vorsitzende an-

schließend den Beschluß bekanntgab, die Festhaltung Papens wegen Irreführung der Kammer anzurorden.

Der Verteidiger Papens gab die Erklärung ab, daß sich Papen nunmehr an seiner eigenen Verteidigung nicht mehr „persönlich“ beteiligen werde!

Fritzsche verhaftet

Nürnberg. Auf Anordnung des Vorsitzenden der Nürnberger Berufungskammer wurde der zu neun Jahren Arbeitslager verurteilte Hans Fritzsche in Haft genommen.

Auch der ehemalige Chef-Dolmetscher im auswärtigen Amt, Dr. Paul Schmidt, der als Zeuge im Spruchkammerverfahren gegen Franz von Papen aufgetreten war, wurde auf Veranlassung der Anklagebehörde verhaftet und in das Nürnberger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Kriegsverbrecherbetriebe bleiben enteignet

Dresden. Eine gemeinsame Entschlüsselung der Regierung des Bundeslandes Sachsen, der drei antifaschistischen Parteien und des FDGB wendet sich gegen Bemühungen, Betriebsenteignungen in Sachsen zu überprüfen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Vornehmlich CDU- und LDP-Kreise sollen eine Überprüfung der im vergangenen Jahre auf Grund des Volksentscheides erfolgten Enteignungen erstreben haben.

Einige Arbeiterabteilungen suchten den Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs auf und verlangten von der Landesregierung eine Erklärung, daß keine gnadenweise Rückgabe eines Betriebes gegen den Willen der Belegschaft durchgeführt wird. Auf eine daraufhin zusammengeführte Sitzung der Landesregierung mit den Parteien und dem FDGB ersuchten die Arbeiterabteilungen um Unterstützung ihrer Forderungen. Auf Vorschlag des SED-Vertreters Wilhelm Koenen und des Gewerkschaftsvertreters Paul Gruner wurde die folgende Entschlüsselung, auch von den Vertretern der CDU und LDP, gefaßt:

„Die Landesregierung, der Block der antifaschistischen Parteien und der FDGB betrachten grundsätzlich die Gnadenaktion zum Volksentscheid als abgeschlossen. Kommissionsbeschlüsse, soweit sie für die Rückgabe bereits gefällt sind, sollen der Vertretung der Belegschaften der betroffenen Betriebe zur Stellungnahme vorgelegt

Bayern als Experimentierfeld

(Eigener Bericht)

Nürnberg, RS. Die Entwicklung in Bayern ist heute für jeden Deutschen von Interesse, nicht nur, weil Bayern seiner Ausdehnung nach das größte der deutschen Länder ist; Bayern ist vor allem der Sammelpunkt der fortschrittsfeindlichen Kräfte geworden. Die Großgrundbesitzer und Finanzherren, die in der Ostzone vertrieben wurden, sammeln sich heute am Tegernsee und beeinflussen — vorläufig noch aus dem Hintergrunde — die Entwicklung nicht unbeträchtlich. Sie unterstützen diejenigen Kräfte, die eine mehr oder minder schamhaft verhüllte Loslösung Bayerns vom übrigen Deutschland wünschen. Kräfte, die vor allem in dem sogenannten Hundhammerflügel der CDU konzentriert sind. Vom Standpunkt der Nutznießer des Krieges ist das eine ganz konsequente Politik; denn diese Loslösung würde ihnen ermöglichen, Bayern zu einer Stätte zu machen, in der sie ihre Schätze unangestastet bewahren könnten. In der weiteren Perspektive würde dieses Land dann zur Ausgangsbasis für die Rückeroberung ihrer Machtpositionen in anderen Teilen Deutschlands werden.

Selbstverständlich hat die Gefahr, die die Feinde der deutschen Republik darstellen, auch die Gegenkräfte auf den Plan gerufen. Gemessen an der Entwicklung vor 1933 hat die Kommunistische Partei sich gut entwickelt. Sie hat nahezu die dreifache Mitgliederzahl, die sie 1932 aufzuweisen hatte, und auch ihre Basis in den Massen, die in einem Land, in dem der Einfluß der katholischen Kirche ein so überwiegendes ist und das eine ausgesprochen agrarische Struktur hat, naturgemäß schmal ist, beginnt sich außerordentlich konsequent von Wahl zu Wahl zu verbreitern. Von Januar bis Dezember ist es den Kommunisten gelungen, ihre Stimmenzahl um etwa 65 Prozent zu steigern. Auch gewisse Bewegungen von unten sind in Bayern in der letzten Zeit deutlich spürbar. Während noch im vergangenen Herbst der Eindruck bestand, daß die Massen noch außer Stande sind, sich für ihre Interessen zu wehren, fanden wenige Wochen später der Demonstrationstreik der Bauarbeiter in Augsburg, die Protestkundgebung von 7000 Arbeitern in Nürnberg und der Demonstrationstreik der Nürnberger Betriebe, Büros und Verwaltungen gegen das Attentat auf die Spruchkammer 4 statt. Wenn es sich hier auch erst um Ansätze handelt, so müssen sie doch mit Aufmerksamkeit als erste Regungen des Widerstandswillens der Werktätigen gegen Verelendung und das faschistische Banditentum beobachtet werden.

Bemerkenswert ist die Entwicklung, die CSU und SPD in den vergangenen Monaten genommen haben. Die Differenzen in der CDU haben ein Ausmaß angenommen, bei dem man von einer Partei überhaupt nicht mehr sprechen kann. Der Sonderminister der CSU, Dr. Pfeiffer, leitete ein Spruchkammerverfahren gegen den Vorsitzenden seiner Partei, Dr. Müller, ein. Dieser antwortete mit der Einberufung einer Landeskongress nach Eichstätt am 15. 12. 46, wo er sich das Vertrauen von 1/2 der Partei-Delegierten aussprechen ließ. Bei dieser Konferenz konnte man ein bemerkenswertes Beispiel für die innerparteiliche Demokratie in solchen Parteien feststellen: Fünf Lastwagen mit Erlanger Studenten wurden nach Eichstätt geschickt, um von der Tribüne her alles niederzuschreiben, was den Organisatoren dieses Parteitages nicht paßte. Auf Grund des Vertrauensvotums der Parteikonferenz für Dr. Müller ließ General Clay erklären, daß Dr. Müller bis zum Entscheid der Spruchkammer jedes beliebige Amt, auch das des Ministerpräsidenten, annehmen könne. Jetzt mobilisierte der rechte Flügel der CSU Hundhammer/Schlögl die SPD und diese erklärte, daß sie mit Dr. Müller in keine Re-

gierung gehen werde. Damit waren die Aussichten einer Kandidatur Müllers besiegelt und der Weg frei für eine Regierung des rechten CSU- und rechten SPD-Flügels.

Inzwischen hatte eine Landeskongress der SPD sich mit bemerkenswert geringer Mehrheit von 158:135 Stimmen für eine Koalition mit der CSU erklärt, allerdings unter der Bedingung, daß das Aktionsprogramm der SPD von der CSU anerkannt würde. Dies ist nicht geschehen. Trotzdem ging die Sozialdemokratie mit der CSU in eine Regierung. Sie sitzt heute mit Leuten wie Dr. Hundhammer, der als Monarchist und Vertreter des politischen Katholizismus zu werten ist, in einer Regierung, sie sitzt auch in einer Regierung mit Dr. Lortz (WAV), der im allgemeinen von der bayerischen Öffentlichkeit nicht recht ernst genommen wird. Zahlreiche Bezirksverbände der SPD haben auf diese Entwicklung mit scharfen Protesten reagiert.

Bemerkenswert ist, daß die Sozialdemokratie in Bayern in allen wesentlichen Fragen in den vergangenen Monaten geteilter Meinung gewesen ist. Die Minister waren für den Staatspräsidenten, die Landtagsfraktion gegen ihn; der Parteivorstand war für die separatistische und undemokratische Verfassung, die SPD-Wähler stimmten zur Hälfte zusammen mit den Kommunisten gegen diese Verfassung. Die Hälfte der Parteidelegierten war gegen ein Bündnis mit der CSU entsprechend der Linie, die die SPD im Wahlkampf bezogen hatte, die andere Hälfte konnte sich von den Ministern nicht trennen.

Bayern hat den Vorzug, daß sich die Kräfte des Fortschritts und diejenigen der Vergangenheit ziemlich klar geschieden haben. Die Kräfte der Vergangenheit haben sich in der neuen bayerischen Regierung Hundhammer/Höger/Lortz konzentriert; die Kräfte des Fortschritts sind in allen Parteien zu finden, aber eine klare Linie und eine starke Organisation besitzen sie ausschließlich in der Kommunistischen Partei!

Handelsabkommen Holland — franz. Zone

Baden-Baden. Amtlicherseits wird bekanntgegeben: In Ergänzung einer vorangegangenen Meldung erklärt man, daß das zwischen einer Delegation der Militärregierung und einer holländischen Delegation abgeschlossene Abkommen das erste amtliche Dokument bildet, in dem die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der holländischen Regierung und dem Nachkriegsdeutschland festgestellt wird.

Nach den Bestimmungen dieses Abkommens wird die französische Zone den Niederlanden das für ihren Wiederaufbau nötige Material, vor allem Holz, Landwirtschaftsmaschinen, Erzeugnisse der mechanischen Industrie, Ersatzteile, sowie verschiedene, für Niederländisch-Indien bestimmte Waren liefern.

Die Niederlande werden der französischen Zone dafür landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fische, gewisse aus Niederländisch-Indien stammende Rohstoffe, insbesondere Gummi, Hefern und außerdem Dienstleistungen im Hafen- und Flußverkehr übernehmen.

Der Gesamtbetrag des Warenaustausches kann auf beiden Seiten für das erste Halbjahr 1947 auf etwa 2 Millionen Dollar beziffert werden.

Erklärung der SED

(Fortsetzung von Seite 1)

Das Fehlen einer wirklichen Demokratisierung in weiten Teilen Deutschlands gestaltet nicht nur die innere, sondern auch die äußere Lage unseres Vaterlandes außerordentlich kompliziert. Eine erträgliche Gestaltung der Friedensbedingungen — ob in bezug auf die Grenzen, die Reparationen oder das Industrieniveau und die Außenhandelsmöglichkeiten — wird damit gefährdet.

Die Wiederholung der nach 1918 begangenen Fehler droht unser nationales Unglück zu vergrößern. Das dringende Gebot der Stunde ist die Abkehr von dem alten, falschen Weg!

Unsere Sorge gilt nicht einer einzelnen Zone; sie gilt dem Vaterland, das Deutschland heißt! Sie gilt der Sicherung der Demokratie und des Friedens.

Die Zusammenarbeit aller Teile der Arbeiterbewegung ist das einzige Mittel, die drohenden Gefahren abzuwenden und ein Höchstmaß an Entwicklungsmöglichkeiten für unser Volk zu gewinnen. Nur die Einheit der Arbeiterbewegung sichert die Einheit Deutschlands. Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bedauert die Münchner Entscheidung der SPD, die wieder die einseitige Orientierung auf die alte Koalitionspolitik nimmt und appelliert nochmals mit aller Eindringlichkeit an die SPD und KPD der westlichen Zonen, die Zusammenarbeit aufzunehmen. Angesichts der bevorstehenden Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands erklären wir erneut unsere Bereitschaft zur Aussprache und Verständigung über alle strittigen Fragen, und zwar mit dem Ziel, zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit zu kommen.

Wir sind zum gemeinsamen Handeln mit allen deutschen, antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen bereit, um die in Zusammenhang mit der Moskauer Konferenz vor uns stehenden Aufgaben zu lösen.

Im Bewußtsein der Kraft unserer geeinten sozialistischen Partei, in der Erkenntnis der Richtigkeit unseres Weges rufen wir die Arbeiter und das schaffende Volk in ganz Deutschland auf, unsern großen, gerechten Kampf zu unterstützen und die Sache der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus zum Siege zu führen.

DER NEUE TAG

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel

Redaktions- (77b) Ottiburg, Kornbrunn, 1. Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag (Hfennburg). — Verlag: Südwest-Verlag o.G.m.b.H., (77b) Ottiburg, Hauptstr. 115, Postfach 161, Fernruf 2207. — Erscheint Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einschließlich Trägerlohn bei Postbezug zuzüglich Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Co., Ottiburg.

11 Todesurteile im Ravensbrück-Prozess

Hamburg. Die fünfzehn Angeklagten im Ravensbrück-Prozess sind vom Hamburger Internationalen Gerichtshof für schuldig befunden worden. Elf der Angeklagten wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Gegen vier Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von zehn bis fünfzehn Jahren verhängt. Zum Tode durch Erhängen wurden verurteilt: Johann Schwarzhuber, ehem. Schutzhaftlagerführer, Ludwig Daniel Ramdohr, ehem. Kriminalbeamter, Gustav Binder, ehem. Chef der Schneiderei, Dortha Binz, ehem. SS-Oberaufseherin, Greta Boese, ehem. SS-Aufseherin, Carmen Maria Mory, ehem. Blockälteste und Häftling, Vera Salvaguard, ehem. Häftling und Krankenschwester, Dr. Gerhard Schildausky, ehem. SS-Standortarzt, Dr. Peroy Treite, ehem. SS-Lagerarzt, Dr. Rudolf Rosenthal, ehem. SS-Lagerarzt.

Welt-Chronik

MOSKAU. Außenminister Molotow hat die Friedensverträge mit dem Satellitenstaat Deutschlands unterzeichnet.

LONDON. Außenminister Bevin unterzeichnete die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Finnland und Rumänien.

HELSINKI. Zwischen Finnland und der Sowjetunion wurde ein Abkommen über die deutschen Guthaben in Finnland unterzeichnet, die auf Grund des Friedensvertrages von der UdSSR übernommen worden waren.

ROM. Als erste Frau wird die Kommunistin Maria Rossi als Unterstaatssekretär für Nachkriegshilfe und Pensionenwesen in die italienische Regierung eintraten.

LONDON. Die erste Frau in einer britischen Regierung, Miss Ellen Wilkinson, die das Unterrichtsministerium leitete, ist gestorben.

LISSABON. Die portugiesische Regierung ist umgebildet worden.

BATAVIA. Die indonesische Delegation zur Unterzeichnung des Abkommens mit den Niederlanden ist unverrichteter Dinge abgereist, da sich über die Auslegung des Abkommens Meinungsverschiedenheiten ergeben haben.

Deutschland-Rundschau

EIN NEUES PATENTGESETZ soll Mitte Februar von der Kammer der Technik in Berlin den alliierten Militärbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden.

DIE WELTGEWERKSCHAFTSUND-VERTEILER haben ihre Reise durch die westlichen Besatzungszonen beendet. Sie werden am 11. Februar an der Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften in Berlin teilnehmen.

AUFHEBUNG DES PREISSTOPS für aus anderen Zonen eingeführte Landmaschinen und pharmazeutische Produkte wurde von der sowjetischen Militäradministration gestattet. Werden jedoch gleichartige Waren in der Sowjetzone billiger hergestellt so entfällt diese Genehmigung.

EINE EINHEITLICHE SOZIALVERSICHERUNG wird auf Anordnung Marschall Sokolowskis in der sowjetischen Besatzungszone auf Grund der Anregungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeführt.

DER DUDEN soll im Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig demnächst neu erscheinen.

EIN HANDELSABKOMMEN im Betrag von über 2 Millionen Dollar wurde zwischen der sowjetischen Besatzungszone und Norwegen abgeschlossen.

Massenmorde an Geistesschwachen

Die Vorgänge in der badischen Kreispflegeanstalt Hub bei Bühl - Aus den Geheimakten des Anstaltsleiters

Ich bin gewiss, das noch nie mehr für den Bestand der Kultur getan worden ist, als vom Nationalsozialismus!

Joseph Goebbels

Die Heil- und Pflegeanstalt Hub bei Bühl, einst gegründet von Philanthropen, denen die Achtung vor dem Menschen und die Achtung vor dem Leben des Menschen verpflichtendes Ethos war, wurde seit 1939 zu einer von der Welt ausgestoßenen Gemeinschaft, in der über tausend Menschen, arme Kranke, siehe und verlassene Menschen — stets im Grenzbereich des Todes — sich mit aller Gewalt an das Leben klammerten. Ihrem Heil, ihrer Mutter, ihren Lebensgefährten entrissen, wurden sie dort beherrscht von der Tücke und der Grausamkeit, verhört von der grinsenden Maske des stets umlauernenden gewaltsamen Todes.

Stiller Friede und sorgende Beschaulichkeit hatten noch über ihnen gelegen, bis das Badische Innenministerium in Karlsruhe am 8. Februar 1940 dem Leiter der Anstalt Hub folgende Anordnung bekannt gab:

Der Minister des Innern

Karlsruhe, den 8. Febr. 1940

Geheim!

Verlegung von Insassen der Kreispflegeanstalt Hub

Unter Bezugnahme auf meinen Erlaß vom 29. 11. 39 Nr. 87 431 g ordne ich die Verlegung der in der beigefügten Liste aufgeführten Kranken aus Ihrer Anstalt an. Die Abholung der Kranken erfolgt in meinem Auftrag durch die „Gemeinnützige Krankentransport GmbH.“, die sich mit ihnen ins Benahmen setzen wird.

Der Transport ist von der Abgabeanstalt vorzubereiten. Unruhige Kranke sind mit entsprechenden Mitteln für einen mehrstündigen Transport vorzubehalten. Die Kranken sind, soweit möglich, in eigener Wäsche und Kleidung zu übergeben. Soweit keine Privatkleidung vorhanden ist, hat die Abgabeanstalt Kleidung und Wäsche leihweise zur Verfügung zu stellen. Für Rückgabe der leihweise mitgegebenen Kleidung und Wäsche ist die „Gemeinnützige Krankentransport GmbH.“ verantwortlich.

gez. Dr. Sprauer

In dem angezogenen Erlaß vom 29. November 1939 über die „Verlegung von Anstaltsinsassen im Rahmen besonderer planwirtschaftlicher Maß-

In seiner Ausgabe vom 26. Oktober 1946 hat DER NEUE TAG einen vielbeachteten Bericht über die Todesfabrik Hadamar veröffentlicht, der den Transport der Opfer und ihre „Erlidigung“ in den Gaskammern von Hadamar schilderte. Heute sind wir in der Lage, von ähnlichen Verbrechen zu berichten, die sich im engsten Bereiche unserer Heimat abgespielt haben. Es handelt sich um die unter dem Decknamen einer „planwirtschaftlichen Verlegung“ regelmäßig erfolgte „Aufflieferung“ von Insassen beiderlei Geschlechts der badischen Kreispflegeanstalt Hub (bei Bühl) nach Grafeneck bei Münsingen zum Zwecke der Vergasung. Ein glücklicher Zufall hat es uns ermöglicht, Einblick in die Einzelheiten dieses Nazi-Verbrechens zu tun, denn die Geheimakten, die der — inzwischen verstorbene — Direktor der Kreispflegeanstalt Hub, Dr. Gercke, über diese Angelegenheit mit großer Genauigkeit geführt hat, sind uns auf dem Wege zu den badischen Justizbehörden zu kurzer Einsicht überlassen worden. Wir teilen unseren Lesern einiges aus der Fülle dieses Materials mit.

Für die badische Bevölkerung werden die grausigen Einzelheiten dieses Verbrechens neu sein; für die zunächst zuständigen badischen Behörden aber können sie es nicht sein. Denn bereits am 8. August 1945 wurden die hier geschilderten Vorgänge in der Heil- und Pflegeanstalt Hub dem damaligen Landesmedizinalreferenten vorgelegt. Seitdem ist in der Sache nichts geschehen, und die Schuldigen sind bis auf den heutigen Tag unbehelligt geblieben.

nahmen“, einem Erlaß, der mit dem roten Aufdruck bekanntgegeben wurde:

Geheim!

1. Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB. in der Fassung des Gesetzes vom 24. 4. 1934 (RGBl. I S. 341 ff)
2. Weitergabe nur verschlossen, bei Postbeförderung als „Einschreiben“.
3. Empfänger haftet für sichere Aufbewahrung.

hatte es geheißen:

„Die gegenwärtige Lage macht die Verlegung einer größeren Anzahl von in Heil- und Pflegeanstalten und Anstalten ähnlicher Art untergebrachten Kranken notwendig. Im Einvernehmen mit dem Freimachungskommissar werde ich die notwendig werdenden Verlegungen von Fall zu Fall anordnen. Die Kranken werden nebst ihren Krankenakten in Sammeltransporten verlegt. Der Abgabeanstalt entstehen aus dem Transport keine Kosten. Die Krankenakten werden der Heilanstalt nach Einsichtnahme durch die Aufnahmeanstalt wieder zurückgegeben. Die Benachrichtigung der Angehörigen über die Verlegung erfolgt durch die Aufnahmeanstalt. Die Kostenträger sind von der Abgabeanstalt davon in Kenntnis zu setzen, daß weitere Zahlungen über den Tag der Verlegung hinaus solange einzustellen sind, bis sie von der Aufnahmeanstalt angefordert werden.“

Einige Gedanken machte sich auch Dr. Gercke. Allerdings nicht wegen „der guten Sache“, sondern nur wegen des Defizits. Er rechnete aus, daß die Anstalt für jeden „planwirtschaftlich verlegten“ Pflegling täglich 1.60 Mark an Einnahmen verliert, was für je 100 Pfleglinge zu einem jährlichen Ausfall von 36 000 Mark führe. Am 6. Oktober 1940 waren bereits zwei Drittel aller Insassen vergast, und Dr. Gercke errechnete unter Abzug der eingesparten Aufwendungen ein Einnahmedefizit von 175 000 Mark. Diesen eisig kalten Rechenschaftsbericht schließt er mit den Worten: „Trotzdem haben wir immer noch eine Anzahl Leute, die bisher noch nicht „erfaßt“ sind und auf die wir verzichten können, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß wir die für sie bezahlten Pflegegelder bei der finanziellen Bilanzierung unseres Etats entbehren müssen und sowieso schon mit einem Defizit arbeiten.“ Gleichzeitig versichert er sein „prinzipiell volles Einverständnis“ mit der Tätigkeit des Regierungsdirektors Dr. Sprauer, der die ganze Vernichtungsaktion im Lande Baden hauptverantwortlich durchgeführt hat.

Wer sind nun die Schuldigen an diesem Massenmord?

an badischen Innenministerium:

Regierungsdirektor Dr. Sprauer und der Ministerialreferent Schoch; in der Pflegeanstalt Grafeneck: Die Aerzte Dr. Baumhard und Dr. Hennecke; Nach einem Vermerk der Geheimakte waren Mitglieder der Auswahlkommission: Obermedizinalrat Steinmeyer, Rudermarsberg, Kreis Brilon; Direktor Dr. Rapka, Tiegenhof; Medizinalrat Schneider, Anstaltsarzt in Emmendingen.

All diese Vorgänge sprachen einen an wie ein Hohn. Sie trommeln einem wie mit geballter Faust ins Gesicht: Siehst Du Mensch, das bist Du! Wahrhaftig: Gräßlicher konnte uns das Schicksal nicht beweisen, daß der Mensch immer noch grausamer ist, als es selbst das Schicksal sein kann; daß es kein Unglück gibt, das den Menschen so mit Füßen tritt, wie der Mensch den Menschen.

Eine Schande, zu groß, als daß sie zufällig sein könnte. Irgendwo muß sie einen Zusammenhang haben mit der Gesamthaltung ihrer Zeit, die ohne Achtung vor dem Menschen auch keinen Wert mehr legte auf Menschlichkeit. Es ist die große, die furchtbare Selbstentgötterung, die der Mensch hier an sich vornahm; die verhängnisvolle Verirrung einer schändlichen Staatsführung.

Geist des Nationalsozialismus

Man wird die Frage stellen, weshalb wir die Vorgänge in der Hub der Öffentlichkeit vorlegen, nachdem Dr. Gercke bereits das Zeitliche gesegnet hat. Wir geben darauf die Antwort:

Der Massenmord in der Hub ist nicht allein ein „Fall Gercke“, sondern auch ein „Fall Dr. Sprauer und seiner Mitschuldigen“, die alle noch nicht zur Rechenschaft gezogen sind. Darüber hinaus ist der Fall Hub eine Angelegenheit des deutschen Volkes. Denn hier demaskiert sich in unserer unmittelbaren Umgebung das Phänomen des deutschen Menschen im Nationalsozialismus.

Wie war es möglich, so fragen wir, daß ein Mann wie Dr. Gercke, der einmal in seinen guten Zeiten als der „Vater seiner Pfleglinge“ geehrt und geachtet war, zum hemmungslosen Werkzeug des Vernichtungswahns wurde, seiner menschlichen und ärztlichen Mission untreu wurde, und, von einem unheimlichen Determinismus getrieben, seine eigenen Pfleglinge, denen jahrzehntelang seine Sorge und Liebe gewidmet war, schonungs- und mitleidslos der Vernichtung auslieferte? Seien wir offen: Dutzende Honorationen würden heute für die Ehrenhaftigkeit Dr. Gerckes zeugen und seine Mitschuld für ausgeschlossen erklären, wenn nicht die zufällig aufgefundenen Geheimakte die Realitäten beweisen würde. Stehen wir hier nicht vor einem psychologischen Rätsel? Und doch ist die Erklärung einfach:

Die Ursache liegt im Nationalsozialismus und in der Pervertierung seiner Zeit und seiner Menschen. So sehr waren wir von seinem Gift, seiner Seelenlosigkeit, seiner Brutalität angefressen; so sehr waren wir dem gefährlichen Grundsatz verfallen, die Menschen nur noch als Mittel und nicht mehr als Zweck zu betrachten; so sehr waren die Grundfesten des menschlichen Anstandes und der Sittlichkeit eingerissen; so sehr waren wir der Servilität,

Listen des Todes

Was an dem Verbrechen von Hub schier unfassbar erscheint, das ist die kühle, durchaus leidenschaftslose Sachlichkeit, mit der es Monate und Jahre hindurch immer von neuem begangen wurde.

Man vergegenwärtige sich die Vorgänge. Ein Arzt, der als Direktor einer badischen Heil- und Pflegeanstalt jahraus, jahrein gewissenhaft seine Berufspflichten, die halb die eines Arztes, halb die eines Beamten gewesen sein dürften, erfüllt hat, ja, der dabei in den Ruf gekommen ist, ein um seine Patienten besorgter Menschenfreund zu sein, ein Mann auf jeden Fall, dem niemand zugebraut hätte, daß er als vielhundertfacher Mörder enden würde, dieser Mann empfängt eines Tages von seiner vorgesetzten Behörde die Weisung, bei Tötungen am laufenden Band maßgeblich mitzuwirken.

Was nun tut dieser Mann? Wird er von Entsetzen gepackt, von Empörung aufgerüttelt, von inneren Kämpfen hin- und hergerissen? Nicht die Spur — er nimmt die Weisung zur Kenntnis (Befehl ist Befehl, wir leben in einem totalen Staate, und Krieg ist außerdem noch), er schickt sich zu pflichtgemäßem Gehorsam an, und wenn er sich überhaupt Gedanken macht, dann einzig und allein darüber, wie er der Weisung am besten, am zweckmäßigsten, am gründlichsten nachkommen kann. Zu diesem Zweck legt er als erstes ein Aktenstück an. Geheim natürlich.

In diesem Aktenstück sammelt er alles, was auf die erteilte Weisung und ihre Ausführung Bezug hat. Daß dabei mit einer gewissen Tarnung gearbeitet werden muß, erscheint ihm die natürlichste Sache von der Welt. In dem ersten Schreiben an seine vorgesetzte Behörde, in dem er mit einer Art naiver Befriedigung von dem erfolgreichen ersten Transport berichtet, betont er selbst die Notwendigkeit einer wirksamen Tarnung im Hinblick auf die „gute Sache“. Und wenn er dennoch in irgendeinem Winkel seines Herzens ein Bedenken gehabt haben sollte, so wird das fortgewischt durch die zuguterletzt alles entschuldigende stigmatisierte Zauberformel Heil Hitler!

Es handelt sich also um eine „planwirtschaftliche Verlegung“ (der Volksmund nannte es mit Ingrimme unter Heranziehung der Buchstaben SHA, hinter denen sich das Sicherheitshauptamt barg, Sterbehilfsaktion). Wohin die geistesschwachen Pfleglinge der Kreispflegeanstalt Hub bei Bühl (wie zahlloser anderer Anstalten) verlegt werden sollen, darüber besteht kein Zweifel. Daß die Verlegung nach Grafeneck bei Münsingen eine endgültige ist, das hat sich nach einiger Zeit sogar bei diesen Patienten sozusagen herumsprochen. Bei den Akten des Dr. Gercke befinden sich einige Briefe von Geistesschwachen, die natürlich niemals über dies Aktenstück hinausgegangen sind, erschütternde Dokumente einer dumpfen Angst vor einem ungewiß geahnten Schicksal.

Den größten Teil des umfangreichen Aktenstückes machen die Listen aus, die für die Transporte aufgestellt wurden. Man müßte schon ungewöhnlich abgestumpft sein, wenn man diese langen Kolonnen von Namen ohne Bewegung lesen könnte. Namen, hinter denen fast stets der Vermerk steht: „planwirtschaftl. verlegt“, unterbrochen gelegentlich einmal von dem Vermerk „verstorben“ — was in diesem Zusammenhang nun allerdings nur wie Hohn wirken kann!

Manchmal freilich findet sich bei einem Namen (allerdings eigentlich nur in den ersten Monaten; später verzichtete man auch darauf) ein besonderer Vermerk, der Begnadigung oder doch wenigstens Aufschub bedeutet — wenn nämlich darauf hingewiesen wird, daß der Patient eine beachtliche Familie hat oder häufig Besuch erhält. Offenbar befürchtete man lästige Nachfragen. Aber, wie gesagt, solche Sentimentalitäten oder unangebrachte Rücksichtnahmen hat man sich bald abgewöhnt.

Überhaupt, je weiter man in dem Aktenstück blättert, umso mehr gewinnt man den Eindruck, daß mit jedem neuen Transport die Angelegenheit immer mehr zu einer Gewohnheitssache wird: man stellt fest, daß die Organisation sich von Mal zu Mal trefflicher einspielt, und man bemüht sich schauernd, die Tatsache zu begreifen, daß man in den Amtsstuben, in denen diese Verfügungen getroffen, diese Listen zusammengestellt werden, offenbar ganz und gar vergessen hat, daß es Menschen, kranke Menschen zwar, aber doch immerhin lebende Menschen sind, die man ohne die geringsten Gewissenskrüppel in den Tod schießt. Vielleicht haben sich all diese Beamten und Aerzte über jedes etwa auftauchende Bedenken mit Redensarten von der gebieterischen Notwendigkeit des Krieges hinweggesetzt und vom Schächten der Millionen junger und gesunder Menschen. Vielleicht haben sie das getan . . . aber daß sie das Gewissen und jede menschliche Regung in sich getötet haben, kann niemals als eine Entschuldigung hingenommen werden. Wenn es wahr ist, daß das mit kühler Ueberlegung, in völliger Leidenschaftslosigkeit begangene Verbrechen am schwersten wiegt, dann, wahrlich, ist die Last der Schuld, die die Verbrecher von Hub und Grafeneck auf sich geladen haben, erdrückend. Nun aber hat die Anklagebehörde das Wort.

H. A. F.

der Freude am Gehorsam, der willenlosen Unterwerfung unter ein Kommando, der Knechtlichkeit ergeben, daß im Leben sonst achtbare und ehrenwerte Menschen das Grauenvolle, das Abscheuliche, das Nur-Verbrecherische, dem sie sich ergaben und willenlos dienten, nicht mehr erkannten oder nicht mehr erkennen wollten. Irgendwo waren alle nationalsozialistischen Aktivistendämonien; sie waren Besessene, Amokläufer der Vernichtung und Zerstörung im wahr-

(Fortsetzung Seite 5)

In den Gaskellern von Grafeneck

Die nicht zu überbietende Skrupellosigkeit und Heimtücke dieser Anordnungen wird jedem offenbar, der sie mit Ueberlegung und Nachdenklichkeit zur Kenntnis nimmt. Es handelte sich um eine zentral angeordnete und im ganzen Reichsgebiet durchgeführte Aktion zur Vernichtung aller Pfleglinge in staatlichen Heil- und Pflegeanstalten. Die ganze Verurteilung zeigt sich schon in der gemeinraffinierten Tarnung durch die Gemeinnützige Krankentransport GmbH., Berlin W 35, Potsdamer Platz 1, die eigens zu dem Zweck gegründet wurde, die Pfleglinge in die Vergasungsanstalten zu überführen. Neben den Heil- und Pflegeanstalten in Hadamar (über Umfang und Art der dort vorgenommenen Massenmorde haben wir im NEUEN TAG vom 26. Oktober 1946 eingehend berichtet), Sonnenstein bei Pirna, Bernburg und Linz, war es für die süddeutschen Gebiete die Pflegeanstalt Grafeneck bei Münsingen, die die Vergasungen ausführte.

In besonders erstellten Gaskellern wurden hier die Pfleglinge durch Kohlenoxydgas getötet. Wer sich wehrte, wurde mit Gewalt in den Gaskeller geschleppt. Dort wurde die normale Luft abgesaugt und gleichzeitig das Kohlenoxydgas in den Raum gelassen. Die Durchführung solcher Massentötungen beanspruchte etwa 3 Minuten. War das Vernichtungswerk vollzogen, was durch ein Fenster zu beobachten war, so wurde wieder frische Luft zugeführt und die Leichen, soweit sie nicht für die Sektion verwendet wurden, in einem Krematoriumsofen verbrannt. Die meisten dieser Anstalten hatten ein eigenes Standesamt,

das den Tod beurkundete und „Trostbriefe“ versandte, in denen die Anstalt den Angehörigen das „Beileid“ aussprach.

Ein „Berufsunfall“

Die Chronik in Grafeneck berichtet dabei über einen „Unfall“. Eine der entmenschten Schwestern, die verzweifelt sich verzehrende Pfleglinge in den Gaskeller preßten, wurde ein Opfer des frivolen herausgeforderten Schicksals und fand im Tumult des Entsetzens nicht mehr den rettenden Ausgang. Verkrampfte, mit dem Tod ringende Hände zogen sie mit in die höllische Inkarnation der Menschenvernichtung. Lesen wir den zynischen, jeden menschlichen Anstand verhöhrenden Nachruf:

In Ausübung ihres Berufes verstarb am Dienstag, dem 4. Juni 1940 infolge eines Unfalls unsere hochbefähigte, treue Mitarbeiterin

Parteiogenossin Aenne Hagemeier
Oberpflegerin
der Landes-Pflegeanstalt Grafeneck.

Auf ungemein schwerem und verantwortungsvollem Posten stehend, hat sie als leidenschaftliche Nationalsozialistin Ungewöhnliches geleistet. Uns allen bleibt sie unvergessen.

Gemeinnützige Stiftung
für Anstaltspflege

Die Aufzeichnungen des Obermedizinalrats

In der Anstalt Hub wurden die ersten 55 Pfleglinge am 9. Februar 1940 abgeholt. „Innerhalb einer Stunde war alles erledigt; die Pfleglinge wissen nur, daß es ins Württembergische geht“, so berichtet der Leiter der Anstalt, Obermedizinalrat Dr. Gercke, am 11. Februar 1940 an Regierungsdirektor Dr. Sprauer im Bad. Innenministerium. Er schildert, wie er die Pfleglinge heimtückisch getäuscht und spricht die Empfehlung aus, Pfleglinge mit Angehörigen fürs erste zurückzustellen, um nicht Nachforschungen zu provozieren, die „der guten Sache“ schaden könnten. So sehr ist Dr. Gercke von „der guten Sache“ überzeugt, daß er schon wenige Tage später, am 16. Februar 1940, eine größere Anzahl bettlägeriger kranker Pfleglinge „als geeignet für den Transportwagen für Liegende“ selbst zur Vergasung empfiehlt. Immer wieder stoßen wir in seiner Geheimakte auf lange Listen unter der Rubrik: „planwirtschaftlich verlegt“ als Grund des Ausscheidens. Doch all diese furchtbaren Todeslisten haben den Elfer Dr. Gerckes nicht beruhigt, er strebte nach Rekorden im fluchwürdigen Dienst des Todes; immerfort finden wir seine handschriftlichen Eintragungen:

„Außerdem schlagen wir zum Abtransport vor“. — „Statt 75 Männer haben wir nur 64 Männer und kurzer Hand 11 Frauen abgegeben“. — „Die sämtlichen Frauen wur-

den von mir willkürlich ausgesucht“. — „Wie ich Ihnen mündlich mitteilte, werde ich eine ganze Anzahl anderer planwirtschaftlich verlegten“. — „Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn wir diesen Transport möglichst mit dem Ihrigen auf denselben Tag vereinigen könnten, um das Auffallende zu mindern und die Pfleglinge zu beruhigen“.

So erschien den ganzen Sommer des Jahres 1940 Monat für Monat das Todesauto in der Hub und führte neue Todgeweihte in Gruppen von 50 bis 100 Pfleglingen beiderlei Geschlechts in die Vergasungsanstalt nach Grafeneck. Der Landrat, zuerst über den wahren Sachverhalt getäuscht, protestierte an höchster Stelle; er verwies auf die Anstalten Sinzheim und Weinheim, in denen „planwirtschaftliche Verlegungen“ nicht durchgeführt werden. Aber, was nützte es — Dr. Gercke ergänzte die Todeslisten.

Und so kam es schließlich zu dem abscheulichen Vermerk in der Handakte Dr. Gerckes: „Im Jahre 1940 wurden 733 Pfleglinge planwirtschaftlich verlegt“. Im Jahre 1941 waren es über 800 Pfleglinge von insgesamt 1060, die diesen heimtückischen und brutalen Vernichtungs- und Austilgungstod gestorben sind.

Anordnung der Stadt Freiburg i. Brg. über die Erfassung von Wohnungen und gewerblichen Räumen.

Aufgrund des Artikels 1 des Wohnungsgesetzes des Alliierten Kontrollrats vom 8. 7. 1947 wird über die Benutzung von Wohn-, Geschäfts- und Büroräumen im Stadtkreis Freiburg angeordnet:

§ 1 - Wohnberechtigung

1. Wohnberechtigt sind in Freiburg i. Br. alle Personen, die am 1. September 1939 im Stadtkreis Freiburg dauerhaften Wohnsitz hatten und Inhaber oder Teilhaber eines moderaten oder unmoderierten Wohnraumes waren, sowie die Personen, die dauerhafte Wohnberechtigung erlangen.

2. Allen dauerhaften Wohnberechtigten kann auf Antrag die Wohnberechtigung erteilt werden, wenn dringende persönliche Gründe oder das öffentliche Interesse dies rechtfertigen.

3. Wohnberechtigte oder Antragsteller, die selbst oder deren Ehegatte der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört haben, haben bei Neuzuteilung grundsätzlich nur Anspruch auf eine unmoderierte oder auf eine beschränkt und von ihnen selbst herzustellende Wohnung.

4. Bei Erlangung eines neuen selbständigen Haushalts (z. B. Verheiratung) ist grundsätzlich eine Wartezeit von einem Jahr erforderlich.

5. Die Wohnberechtigung erlischt, wenn die dauernde Zuzugnahme aus irgend welchen Gründen zurückgenommen wird.

6. Der Bezug und Wiederbezug einer Wohnung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Wohnungsamtes. Die Genehmigung setzt den Besitz eines Nummernabschnittes der Wohnungskarte voraus. Die Wohnberechtigung gemäß den Vorschriften des § 1 gibt keinen Anspruch auf den Bezug einer bestimmten Wohnung. Wer Raum bezieht ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Wohnungsamtes, hat polizeiliche Zwangsraumung ohne Zurückvergabe von Ersatzraum zu gewärtigen; auch kann gerichtliche Betreibung herbeigeführt werden.

7. Für die Bezugnahme gelten im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens folgende Räumlichkeiten: a) kein Wohnungsinhaber darf mehr Wohnraum in Anspruch nehmen, als für ihn und seine raumnutzungsabhängigen dringenden Erfordernisse. Ehepartner haben im allgemeinen Anspruch auf zwei Zimmer, sofern diese 40 qm nicht überschreiten. Familien, die einen oder mehrere Kinder unter einem Jahr unterhalten, für mindestens 2 Kinder von 1 bis 14 Jahren sowie mindestens zwei getrenntlebende Personen über 14 Jahren besteht im allgemeinen Anspruch auf einen weiteren Raum. Einzelpersonen - ohne sonstigen Familien - wird die Bereitstellung zum Bezug einer Wohnung verweigert; sie haben nur Anspruch auf Zuteilung eines freien oder modifizierten Zimmers, b) Studenten, Praktikanten und andere in der Ausbildung befindliche Einzelpersonen haben je nach Größe des Zimmers nur in Ausnahmefällen Anspruch auf mehr als ein Zimmer. c) Ehepartner, die NSDAP oder ihrer Gliederungen angehört haben, haben im allgemeinen nur Anspruch auf einen Wohnraum zu beanspruchen. d) Grundrisslich hat der polizeiliche Unbestritt Vorzug auf den Hauptmietvertrag.

8. Möblierte oder unmöblierte Einzelzimmer dürfen ebenfalls nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Wohnungsamtes bezogen werden.

9. Jeder Wohnungstausch bedarf der schriftlichen Genehmigung des Wohnungsamtes.

10. Jeder Hauseigentümer, Inhaber einer Wohnung oder sonstige Verfügungsberechtigte ist verpflichtet, das ganze oder teilweise Freiwerden von Wohnräumen, sowie den nach dieser Anordnung bestehenden Wohnraum unverzüglich dem Wohnungsamt unter genauer Angabe der Zahl der Räume und ihres Flächenmaßes zu melden; das gleiche gilt bei Freiwerden von gewerblichen oder sonstigen Räumen, sowie von möblierten und unmöblierten Einzelzimmern.

11. Jeder Hauseigentümer oder Vermieter darf nur mit vorheriger Genehmigung des Wohnungsamtes über freien oder freizulegenden Raum verfügen. Nicht genehmeter freier oder freizulegender Raum wird ertastet. Hierzu genügt unter anderem auch Dienst- oder Werkwohnungen, Geschäfts- und Genossenschaftswohnungen, sowie Wohnungen des Reisens, der Länder- und Körperkuren öffentlichen Rechts.

12. Doppelwohnungen sind untersagt. Solche Wohnräume sind wie jeder andere verfügbare Wohnraum dem Wohnungsamt mit der Angabe zu melden, welche Wohnung als Alleinwohnung gewährt wird. Die andere Wohnung gilt als frei. Als „Doppelwohnung“ gilt jeder Raum, der sich zu einem längeren Aufenthalt für Menschen eignet. (Not-, Betriebs-, Wohnraum usw.)

13. Zur Minderung des vorhandenen Wohnraumes zwecks Unterbringung von Wohnungsuchender Familien kann das Wohnungsamt: a) Zweckentfremdete Wohnräume ihren ursprünglichen Zweck wieder zuführen, b) einen Wohnungstausch anordnen, wenn dies eine bessere Verteilung und Ausnutzung bedeutet, insbesondere Inhaber von möblierten und unmöblierten Einzelzimmern unquartieren, c) vorhandenen Wohnraum um- oder ausbauen lassen, wenn dadurch eine wirksamere oder zweckentsprechendere Ausnutzung erreicht wird, d) Räume, die unbenutzbar geworden sind, oder von einem Dritten nicht benutzbar gemacht werden können, diesem Dritten für dauernd zuweisen, e) an Hausen dringende Reparaturen auf Kosten des Hauseigentümers vornehmen lassen, um dadurch Wohnraum zu erhalten.

14. Sind Einzelpersonen oder kleine Haushaltsgemeinschaften Mieter einer

Wohnung, die die ihrer Personenzahl nach zu beanspruchenden Räume um mehr als ein Zimmer übersteigt, kann der Mietvertrag vom Wohnungsamt gelöst und dem Betroffenen im Wege des Tausches eine kleinere Wohnung zugewiesen werden.

15. Das Wohnungsamt kann weiterhin jeden zur Bewohnung geeigneten Raum erfassen: a) wenn der Verfügungsberechtigte oder dessen Ehegatte nach Feststellung des zuständigen Säuberungsausschusses Mitglied der NSDAP oder deren Gliederungen oder überzeugter Anhänger der Partei gewesen ist. Der von der Beschlagnahme Betroffene kann gegen Nachweis mildernder Umstände erbringen die eine Aufhebung aus Billigkeitsgründen rechtfertigt; b) wenn ein Wohnraum als „verlassen“ gilt. Ein Wohnraum gilt, unbeschadet des § 18, dann als „verlassen“, wenn der Verfügungsberechtigte andauernd längere Zeit (mindestens 2 Monate) ernstlich nicht gekümmert hat und zwar auch dann, wenn er sich nach dem Verlassen des Wohnraumes an einem nicht mehr künftigen Wohnort befindet; c) wenn freier Wohnraum nach dem Zeitpunkt des § 2, Absatz 2, zur Verfügung steht, d) wenn zweckfremdender Wohnraum seinem ursprünglichen Zweck wieder zugewiesen werden kann. Überdiesige Wohnräume, aus denen ein Familienhaushalt zusammengeführt werden. Beim Fehlen von Küche, Abort und sonstigen Nebenräumen und Nebenleistungen können Räume auch im gleichen Haus benachbarter Wohnungen zur Mitbenutzung herangezogen werden.

16. Zuständig für die Erteilung der Wohnberechtigung, der Bezugsgenehmigung und für die Erlassung und Zuteilung ist das Stadt. Wohnungsamt.

17. Der Antrag auf Erteilung der Wohnberechtigung (§ 1) ist mittels vorgeschriebener Formblätter schriftlich unter Angabe des Haushaltszustandes sowie, soweit erforderlich, einer Bescheinigung des Arbeitamtes über den Arbeitsbesitz beim Stadt. Wohnungsamt zu stellen. Über den Antrag entscheidet das Wohnungsamt. Es teilt die Entscheidung dem Antragsteller mit, dem bei Genehmigung des Antrages ein Nummernabschnitt der Wohnungskarte (graue Karte) zugehängt wird.

18. Die Erlassung von Räumlichkeiten durch Zuteilung einer schriftlichen Mitteilung an den Verfügungsberechtigten. Falls dies praktisch nicht durchführbar ist, kann die Erlassung durch Anschlag einer schriftlichen Mitteilung an einen deutlich sichtbaren Stelle der zu erlassenden Räume erfolgen. Der Betroffene kann innerhalb einer Frist von 3 Tagen nach Zustellung oder nach Bekanntwerden des Antrages der Mitteilung Beschwerde beim Wohnungsamt einlegen. Das Eintreten eines Beschlagnahmeverweises wird straffrechtlich verfolgt.

19. Bei Zuteilung eines Wohnraumes wird bevorzugt: a) Personen, die dem Nazismus Widerstand geleistet haben, oder durch seine Maßnahmen bedroht worden sind, b) kranke Familien, c) Kriegsverletzte, Invaliden und Körperbehinderte, d) Facharbeiter aller Art und alle hierher zu Berufende. Unter gleichberechtigten Personen sind bevorzugt Personen zu bevorzugen, die nach Zuteilung der zum Wohnungszweck dienenden Räume in der Wohnung unternehmen sind, sofern tunlichst im Einvernehmen mit diesen Unternehmungen geregelt werden.

20. Die Einweisung einer ausgewählten Person als Mieter eines freien, freigegebenen oder erlassenen Raumes geschieht in der Weise, daß das Wohnungsamt in der Regel von dem Verfügungsberechtigten des Raumes verlangt, mit einer von drei als mieterfähig benannten Personen innerhalb von 14 Tagen einen Mietvertrag abzuschließen, der die Mietbedingungen enthält. Falls der Eigentümer oder sonst Verfügungsberechtigter nicht einwilligt, oder nicht ergebend ist, kann das Wohnungsamt eine Verfügung erlassen, welche die Wirkung eines Mietvertrages hat. Ein Mietvertrag über eine Verfügung mit der Wirkung eines Mietvertrages ist für die vom Wohnungsamt festgesetzte Dauer gültig. Wohnungsamt und Verfügungsberechtigter sind zu zehnjährigen Mietverträgen, die Bestimmungen enthalten (Einheitsmietvertrag). Innerhalb von 14 Tagen nach der Zuteilung muß der Wohnungszweck bezogen werden. Ein vor oder nach der Zuteilung begründetes Rechtsverhältnis, insbesondere in Mietvertrag über die Benutzung des freien oder erlassenen Raumes ist nichtig. Einweissungen in Wohnungen, die im Eigentum oder in der Verwaltung von gemeinnützigen Wohnungunternehmungen sind, sollen tunlichst im Einvernehmen mit diesen Unternehmungen geregelt werden.

21. Die Verwertung von Räumen, die Wohnzwecken dienen haben, zu anderen, insbesondere zu geschäftlichen oder gewerblichen Zwecken, ist grundsätzlich nur mit schriftlicher Genehmigung des Wohnungsamtes gestattet. Die Prüfung der Bedürfnisfrage ist ein strenger Maßstab anzulegen. Dasselbe gilt für den Abruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen, die Wohnzwecken dienen haben, noch dienen oder dienen gemacht werden können. Die Entscheidung ob solche Voraussetzungen vorliegen, hat das Wohnungsamt im Einvernehmen mit der Baupolizei.

Stellenangebote

1. Stenotypistin, französisch sprechend und schreibend, Stenotypistin für deutsche Korrespondenz, Registrator(in) von bekanntem Industrieerwerb zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Angaben über selbstige Tätigkeit, Gehaltswünsche und frühesten Eintrittstermin erbeten unter Nr. 32-501 an DNT Offenburg, Postfach 361.

Für unsere Großbaustelle suchen wir: Zimmerer, Schreiner, Maurer, Baumaschinenführer, Walzenführer, Tiefbauarbeiter, ein Magaziner, 1 Köchin, 1 Küchenhilfe. Strabag, Baubüro, Freiburg i. Br., Kaiserstuhlstr.

Kunstgewerbetlerinnen allerorts bei guter Bezahlung und evtl. fester Anstellung gesucht. Offerten unter LB 5501 Anz.-Mittler Bleibrey (14a) Nordheim-Wttb. (B-28)

Gesucht Einkäufer und Sammler für Almetalle, Aluminium, Messing, Kupfer, Zink usw. kauf Hans M. v. Dresky, Metallwarenfabrik, Friesenhöfen (Allgäu).

Former und Kernmacher bei guten Lohnbedingungen gesucht. Für Verpflegung und Unterkunft ist gesorgt. Metallgießerei Fritz Kandler, Freudenstadt, (50-125)

Tüchtiger Kaufmann von Holzbearbeitungsfabrik in Mittelbaden (franz. Zone) zur Unterstützung des Betriebsinhabers zum baldigen Eintritt gesucht. Erforderlich: Perlekt in Buchhaltung u. Korrespondenz, vertraut mit allen sonst. kaufm. Gebieten, mögl. franz. Sprachkenntnisse u. unverwundl. Durchsicht vertrauenswürdig. Bewerber wollen handschr. Offerten mit Lebenslauf, Lichtbild u. Gehaltsansprüchen u. frühesten Eintrittstermin einschicken unter Nr. 32-483 an DNT Offenburg, Postfach 361.

Heiraten

Handwerker und Arbeiter jeden Berufs und Alters erhalten günstige Einheiraten. Näheres gegen Rückporto durch Vermittlung P. Firnkens, Haslach i. K. (Bad.)

Schreiner in sich. Stellung, 29 J., 1,72 m, evang., sucht Mädel od. Witwe zw. Heirat kennen zu lernen. Einheirat erw., aber nicht bedingung. Zuschr. u. 26-113 an DNT, Geschäftsstelle Konstanz, Rosgärtensr. 9.

Suchdienst

Wer kann Auskunft geben über Eugen Vosseler, O'Garr., Feldp.-Nr. 12 296 B, zuletzt in Libau (Kurland). Letzte Nachricht vom Februar 1945. Zuschriften: Lina Kolbeck, (14b) Deißlingen, Kreis Rottweil, Schützenstr. 289.

Vertretungen

Vertreter gesucht für die Kreise u. Städte Donaueschingen, Stockach, Ueberlingen, Rottweil, Sigmaringen und Tuttlingen für unsere konkurrenzlose Krankenkasse, bei Bewährung Bezirksvertretung b. höchster Verdienstmöglichkeit. Aufnahme ohne ärztl. Untersuchung bis 70 Jahre. Monatsbeitrag von 2,25 Mk. an. Angebote an: Geschäftsstelle Alb. Sayer, Rexingen b. Horb a. Neckar. (50-128)

Wir suchen für die Kreise Rastatt, Baden-Baden und allerorts Agenten, auch Herren des ambulanten Gewerbes, für eine moderne Werbung. Die Arbeit ist leicht und kann sofort aufgenommen werden. Gute Verdienstmöglichkeiten. Kurze Angebote befördert unter Nr. 4990 Ann.-Exp. Julius Ruf, Freiburg i. Br., Postfach 5.

Mietgesuche

Suche geeignete Räume zur Eröffnung eines Kinos. Ev. teilbeschäftigtes Kino, wo Wiederholung möglich. Lizenz, Maschinen, Besetzung usw. vorhanden. Angebote unter WeZet 522 an Inseraten-Zeitung (20b) Göttingen, Postfach 64. (Z-2)

Von jungem Fachheparer wird Hotel, Restaurant, Konditorei, Café, Pension od. ähnliches Unternehmen in der franz. Zone zu kaufen oder pachten gesucht. Angebote unter Nr. 32-536 an DNT, Offenburg, Postfach 361.

Heiraten

Handwerker und Arbeiter jeden Berufs und Alters erhalten günstige Einheiraten. Näheres gegen Rückporto durch Vermittlung P. Firnkens, Haslach i. K. (Bad.)

Schreiner in sich. Stellung, 29 J., 1,72 m, evang., sucht Mädel od. Witwe zw. Heirat kennen zu lernen. Einheirat erw., aber nicht bedingung. Zuschr. u. 26-113 an DNT, Geschäftsstelle Konstanz, Rosgärtensr. 9.

Tausch

Gleie Wolle, suche Fahrradmanie, Größe 26. Freiburg i. Br., Kartäuserstr. 66 L. St. (20-222)

Gesucht: 3 Reifen 4,5x17, möglichst gut erhalten, sowie dazu passende Schläuche. Geboten: Gleichstrom-Elektromotoren 110 Volt in Stärken von 1/2-11 PS. Angebote unter Nr. 32-537 an DNT, Offenburg, Postfach 361.

Ichte gut erhaltenen Kleiderschrank sowie 3löch. Gasbackofen, 2000 Ziegelschmelz und 1000 Dachschmelz 45-50 cm lang. Suche guter. Nähmaschine und Saatkartoffeln. Fortach i. Murgtal, Behlshausen. (32-535)

Tausche Herrenfahrrad, noch gut erhalten, Torpedobremse, gegen gut erhaltene Nähmaschine. Angebote unter Nr. 476 Anz.-Ann. Acker, Sulz a. Neckar. (32-544)

Geheirte, 30 J., italienisch, gegen Futtermittel Lieferant. Krauß W. H. Str. 6, Kehl, Hauptstr. 100

Verschiedenes

Gebrauchte Garte.sägeblätter werden geliefert. Näheres bei Fischer, Offenburg, Kornstr. 3. (32-517)

Annahme- u. Auslieferungsteile für guten Artikel an Textileinzelhandel zu vergeben. Zuschr. u. O 785 an Obanex, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (O-22)

Wir bitten alle Buch-, Zeitschriften- u. Schreibwarenhandlungen um Angabe ihrer genauen Anschrift zwecks Ergänzung unserer Kundenkartei und Einreihung in unsere Zuteilungsliste. Verlags-Expedit. Erich Dexheimer, Pirmasens, Kaiserstr. 35. (32-524)

Wer liefert laufend Schulfellen in allen Größen u. in größeren Mengen, roh, geschlitzte und bemalt? Offerten unter LB 5501 Anz.-Mittler Bleibrey, (14a) Nordheim-Wttb. (Bl-1)

Wer liefert Holzbelegungsbedarf od. Schreinerei übernimmt Lohnauftrag bei Holzstellung? Angebote u. H 890 an OBANEX, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (O-51)

Charakter und Schicksal erläutern wir durch wissenschaftliche Horoskopdeutungen. Zahlreiche Dankschreiben zeugen von unserer zuverlässigen Arbeit. Senden Sie Ihr genaues Geburtsdatum, Tag, Monat, Jahr, Stunde u. Geburtsort sowie den Honorarbetrag von 5 Mk. an das Merkur-Institut (20) Freudenleine, Postfach

Wir arbeiten u. liefern! Schunk & Ebe, Elektrokohle- und Bürstenhalterfabrik (16) Gießen, Postfach 119. (De-1)

Freireligiöse Gemeinde Freiburg

Dienstag, 11. Febr., 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, part., Eingang vom Schwabentorplatz. Vortrag Dr. Butz: „Aufgaben und Ziele“. Gäste und Interessenten willkommen. (20-221)

Geschäftsanzeigen

UHU in alter Qualität. (10-1) Kleine Geschenke die Freude bringen, finden Sie bei Emil Hemmer, Freiburg i. Br., Scheffelstr. 19, Hohegebäude, Kleinverkauf: Dienstag, Donnerstag u. Samstag. (O-24)

UNTER & Co., Internationales DEKIV-Büro. Aesteie auskunft. Württemberg, Georgstr. 1870, Stuttgart-W., Rotenbühlstr. 64, Tel. 98938. Jahrezehnte umfassende Archive, bestausgebaut Organisation, 77-jähr. Tradition, Bezeichnungen, Industrieüberwachungen, Prozeduralmaterial, Ermittlungen, Heilrats-, Spezial-, Vertrauens-Auskünfte aller Art, an allen Plätzen. (Ws-1)

Ihr HAAR - Ihr STOLZ! Haarwuchs und Schuppen sind Warnungssignale! Handeln Sie, bevor es zu spät ist! Verlangen Sie bei Ihrem Friseur 'edemal' nach dem Kopfwaschen eine Anweisung mit dem BIOLOGISCHEN Haaröl, hergestellt aus besten Schwarzwälder Kräutern, von der Firma Max Fricker, Fabrikation für kosmet. Artikel (17b) Wehr-Bad (32-431)

Lehmbau altbewährt, Kies-Leimbeton, volkswirtschaftl. bedeutend. spart Kohle, Transport, Zement, Kalk, Ziegel und Holz. Kleinh-u. p. an. Daueranweisung mit Lehmbauordnung 30 Mk. durch: Arch. Heider, München 38, Prinzstr. 48. (W-1)

Wir erneuern und erneuern Ihre alten und verbrauchten Werkzeuge, wie Fellen, Raspeln, Feilscheiben, Präser usw. Lieferzeit 4 Tag bis 3 Wochen. Alt & Co. A. G., Werkzeugerneuerung, Speyer/Rhein, Johannisstr. 22.

Städtische Bühnen:

CASINO
9. Februar, 15 Uhr, „Meine Schwester und ich“. - 9. Februar, 19.30 Uhr, „Cosi fan tutte“. - 11. Februar, 20 Uhr, „Der Zigeunerbaron“.

Kammerspiele:

8. Februar, 19.30 Uhr, „Kabale und Liebe“. - 9. Februar, 14.30 Uhr, „Das Abgründige in Herrn Gorstenberg“. - 9. Februar, 19 Uhr, „Kabale und Liebe“. (St-9)

Union-Theater

Freiburg, Mühlentalallee 7
Bis mit Donnerstag, den 13. 2. 47.
Antal Pöger - Margit Vagone
Ein Mann geht seinen Weg
Der deutschsprachige, ung. Film schildert, wie der junge, tüchtige Universitätsprofessor nach bitteren Enttäuschungen endlich die ihm wesensverwandte Gefährtin findet. Aber die Umwelt fällt ihr vom Ständesüßeln diktiertem Urteil, bis ein Ereignis schlagartig alle Hindernisse beseitigt. Im Vorprogramm: Der Diskurser Kulturfilm und die franz. Wochenschau, Jugendfrei.

Anfangszeiten: Wochentags 14.30, 17, 19.30 Uhr, Samstag und Sonntag 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr.
Vorverkauf für alle Vorstellungen täglich ab 13 Uhr. (U-9)

Friedrichshau-Lichtspiele

Freiburg
Ab Freitag, 7. 2. 47, bis Mittwoch, 12. 2. 47, der Schicksalsweg einer aufopfernden, hingebenden Mutter in
Mutterliebe
mit Käthe Dorsch - Paul Hörbiger - Hans Holt - Wolf Albach Retty.
Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr, Samstag nur 14.15 Uhr.
Vorverkauf an den Spieltagen und ab 13.30 Uhr ar Tageskasse. (Fr-15)

Harmonie-Lichtspiele

Freiburg, Mühlentalallee 7
Bis mit Donnerstag, den 13. 2. 47.
Willy Forster's Welterfolg
Maskerade
Ein Film, der das Menschliche in all seinen Stärken und Schwächen: Liebe - Leichtsin - Eifersucht - Ehre - Moral - Klatsch - erhöht lebenswahr und erschütternd schildert mit Paula Wessely - Adolf Wohlbrück - Olga Tschechowa - Hilde v. Stolz - Peter Petersen - Hans Moser.
Neue franz. Wochenschau, Jugendverbot bis 16 Jahre. Täglich 14.15, 16.30, 18.45
Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn jeder Vorstellung.

Harmonie-Lichtspiele

Freiburg
Bis mit Donnerstag, den 13. 2. 47, täglich vormittags 10 Uhr. M. dien-Sch. vorm. 10 Uhr
Der kleine Muck
Ein der schönsten deutschen Märchen. Ime.
Neue franz. Wochenschau, Jugendverbot bis 16 Jahre. Täglich 14.15, 16.30, 18.45
Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung. (H-11)

Casino-Lichtspiele

Ab Freitag, 7. Februar 1947, der große deutsche Spitzenfilm:
Das Leben ruft
mit Sybille Schmitz, Paul Klner, Gerhild Weber, Otto Schröder usw.
Neue franz. Wochenschau, Jugendverbot bis 14 Jahre. H.e.zu: Ein 20-Minuten-Vorprogramm mit C.A. lot. e. Sasa usw., jedoch nur Montag und Dienstag. Siehe Sonderplakat! Freikarten ungtülig!

Die Teufelshand

(La main du diable)

Harmonie-Lichtspiele

Freiburg, Mühlentalallee 7
Bis mit Donnerstag, den 13. 2. 47.
Willy Forster's Welterfolg
Maskerade
Ein Film, der das Menschliche in all seinen Stärken und Schwächen: Liebe - Leichtsin - Eifersucht - Ehre - Moral - Klatsch - erhöht lebenswahr und erschütternd schildert mit Paula Wessely - Adolf Wohlbrück - Olga Tschechowa - Hilde v. Stolz - Peter Petersen - Hans Moser.
Neue franz. Wochenschau, Jugendverbot bis 16 Jahre. Täglich 14.15, 16.30, 18.45
Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn jeder Vorstellung.

Harmonie-Lichtspiele

Freiburg
Bis mit Donnerstag, den 13. 2. 47, täglich vormittags 10 Uhr. M. dien-Sch. vorm. 10 Uhr
Der kleine Muck
Ein der schönsten deutschen Märchen. Ime.
Neue franz. Wochenschau, Jugendverbot bis 16 Jahre. Täglich 14.15, 16.30, 18.45
Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung. (H-11)



Mordspinne J. G.-Farben

Entwicklung vom Monopolkapitalismus zum Zerstörer und Mörder der Völker

Das Studium des kapitalistischen Wirtschaftsablaufes ist von grundlegender Bedeutung für die Beantwortung der Frage: Kapitalismus oder Sozialismus? Die Entwicklungslinie zeigt in allen Stadien — vom Frühkapitalismus des 16. Jahrhunderts über den Kapitalismus der freien Konkurrenz im 19. Jahrhundert bis in die späten monopolistischen Formen unserer Tage, — gewisse gleich bleibende Tendenzen der Ausbeutung der Menschen. Bedenkenloser Einsatz der menschlichen Arbeitskraft ohne jede Rücksicht auf gesundheitliche und soziale Schädigungen kennzeichnet die Politik der Kapitalisten überall, wo die Massenkräfte der Arbeiterschaft keinen Einhalt gebieten. Dies geht soweit, daß auch die Vernichtung menschlichen Lebens — was man gemeinhin als Mord bezeichnet — der ehrgeizigen Profitgier keine Grenzen zieht. Wenn die entgegenwirkenden kollektiven Kräfte der Arbeit-klasse gefesselt am Boden liegen, dann wirkt sich der zerstörende Gehalt des Kapitalismus ungehemmt aus. Die Ausbeutung entwickelt sich zum Mord.

Nordwärts der von Mannheim nach Ludwigshafen führenden Rheinbrücke erstreckt sich auf dem Westufer des Stromes, mehrere Kilometer lang der mächtige Werkskomplex der Anilin- und Sodafabrik. Wie alle Riesenerwerke geht auch sie auf kleine Anfänge in der Zeit der kapitalistischen freien Konkurrenz zurück. 1861 wurde in Mannheim die chemische Fabrik Dyckerhoff, Ciemann & Co. gegründet, eine offene Handelsgesellschaft, die 1865 in eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Badische Anilin- und Sodafabrik“ in Mannheim umgewandelt wurde. Die Werksanlagen befanden sich schon damals in Ludwigshafen a. Rhein. Die Umstellung fiel gerade in jene Entwicklungsperiode des Kapitalismus, in der die freie Konkurrenz ihren Kulminationspunkt erreichte, und sich ihre Ablösung durch die Kapitalkonzentrierung mit Kartell und Monopolbildung schon abzeichnen begann. Endgültig erfolgte diese in Europa erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts, vorbereitet durch die internationale Wirtschaftskrise der siebziger bis neunziger Jahre.

Ein Schulbeispiel kapitalistischer Entwicklung

In den ersten Jahre des 20. Jahrhunderts fiel auch prompt der Ausbau der späteren I.G.-Farben zu einem der größten Konzerne der Welt. Er ist ein Schulbeispiel für den Ablauf der kapitalistischen Entwicklung vom freien Konkurrenzunternehmen zum Trust, zur Höchstkonzentrierung des Finanzkapitals und zum Imperialismus als dem höchsten Stadium des Kapitalismus. 1904 kommt es zur ersten Interessengemeinschaft deutscher chemischer Werke der Teerfarbenherzeugung, als sich, — angeregt durch den bekannten Geheimrat Duisberg, — die Badische Anilin- und Sodafabrik mit den Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen zur Ausschaltung des Konkurrenzkampfes zusammenschloß. Eine zweite Gemeinschaft entstand bald darauf aus den drei chemischen Werken Meister, Lucius und Bruning in Höchst, Casella & Co. in Frankfurt und Kalle & Co. in Biebrich. Beide Gemeinschaften waren schon frühzeitig durch Kapitalverflechtungen miteinander verbunden, die sich dann im ersten Weltkrieg noch verdichteten. Die Anilin-Bayergemeinschaft fusionierte schließlich eine grobe Anzahl deutscher chemischer Werke, deren Aktienpakete schon vorher in ihre Hände übergegangen waren, und so kam es 1925 zur Gründung der I.G.-Farbenindustrie A.G., mit einem Aktienkapital von 646 Millionen Mark. Sitz des Unternehmens wurde Frankfurt a. M.

Der Kampf um die Märkte und gegen die Außenseiter ging von nun ab rasch voran, und eine größere Anzahl von Großwerken wurden aufgesogen. Seit 1927 begann das in der chemischen Industrie investierte deutsche Monopolkapital über die deutschen Grenzen hinauszugreifen. Es wurden Querverbindungen mit den norwegischen, amerikanischen, englischen, französischen, schweizerischen und italienischen Industrien geschaffen. Mit der amerikanischen Standard Oil Co. gründete die I.G.-Farben eine Tochtergesellschaft, die Standard I. G. Co., der die Hydrierungspatente beider Gründer-Firmen auf der ganzen Welt übertragen wurden. Zu einer losen Weltinteressengemeinschaft der chemischen Industrien kam es schließlich durch die Krisenentwicklung auf dem Weltmarkt mit der Schaffung einer internationalen Konvention, der rund 80 % aller Stickstoffherzeuger der Erde beitraten. Die Machtstellung der I.G.-Farben zeigt sich darin, daß sie 16 Syndikate, 380 deutsche und rund 500 ausländische Firmen beherrschte bzw. mitkontrollierte. Ihre vertikale Gliederung ging von der Kohlengrube und der Schwerindustrie bis zur weißen Kohle. In ihren eigenen Betrieben arbeiteten fast 200.000 Werktätige, und ihr Export erreichte 10 % der deutschen Ausfuhr. Sie war der größte Chemietrust der Welt.

Trust des Dritten Reiches

Es hieß Eulen nach Athen tragen, wollte man die innere Verbundenheit zwischen dem Hitlerregime und dem Monopolkapitalismus grundsätzlich erläutern. Die Wechselbeziehungen zwischen diesem und dem Faschismus liegen eindeutig vor aller Augen. Aber auch hier ist der I.G.-Farbenkonzern das beste Musterbeispiel für die Finanzierung Hitlers durch das deutsche Großkapital und die Fortsetzung seiner imperialistischen Wirtschaftspolitik gegen die imperialistischen Gruppen des Auslandes mit den Waffen des Dritten Reiches als letzter Konsequenz. Wie rentabel diese Verbindung war, zeigen die steigenden Gewinne des Trusts die von 48 Millionen Mark im Jahre 1932 auf 363 Millionen Mark im Jahre 1939, und durch die aus dem Blut der Schicksalsfelder und aus den Spargroschen des Volkes gezogenen Rüstungsgewinne 1943 den Be-

trag von 822 Millionen Mark erreichte. Schon 1932 bestanden Beziehungen zur NSDAP und Februar 1933 zeichneten die Vertreter des Trusts die größte Summe für Hitlers Wahlfond. Die Produktion der I.G.-Farben erhielt von den wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen des Nazireiches eine starke Belebung und ein typisches Gepräge. Vor allem wurde die synthetische Rohstoffgewinnung forciert. Die Bunaerzeugung, Benzin- und Oelgewinnung und die Kunstseide- und Zellwolleproduktion wurden weitgehend ausgebaut. I.G.-Farben begnügte sich aber nicht nur mit der mehr oder weniger verdeckten Finanzierung der NSDAP und der Hinleitung Hitlers zur Macht, sowie gelegentlichen Spenden an ihn — nach der Besetzung des Sudetengebietes stiftete der Konzern Herrn Hitler eine halbe Million Mark, — sondern ging aktiv und zielbewußt zur Organisation des nationalsozialistischen Einflusses in der Welt über. Dies geschah in dreifacher Weise. Die Auslandsvertreter der I.G.-Farben waren angewiesen, in ihren Handlungen und in ihrem Auftreten das nationalsozialistische Deutschland zu repräsentieren, und

mit der Auslandsorganisation der NSDAP enge Fühlung zu halten. Nur bewährte Nationalsozialisten konnten solche Posten einnehmen. Von besonderer Wichtigkeit war weiterhin die Querverbindung zur Wehrmacht. Sie wurde durch die Errichtung einer Nachrichtenagentur unter der Bezeichnung „Vermittlungsstelle W“ in Berlin NW 7 geschaffen, deren Haushaltsplan bis zu 7 Mill. Mark auswies. Es war dies zweifellos die großzügigste angelegte Wirtschaftsspionageorganisation des Dritten Reiches. Vermittelte die Agentur „Vermittlungsstelle W“ unter der Leitung von Dr. Ligner, einem Neffen des Aufsichtspräsidenten der I.G.-Farben, Geheimrat Schmitz, die dauernde Fühlung mit der Wehrmacht, so arbeitete das Konzerndirektorium unmittelbar durch ihren eigenen Organisations- und Handelsapparat in engster Weise mit der NSDAP selbst. Schließlich bestand noch eine dritte Organisation der I.G.-Farben, welche sich unter den Namen „Gesellschaft für Verkaufsförderung“ tarnte und Wehrmacht und NSDAP wichtige Ausforschungsarbeit im Ausland lieferte.

Die Opfer im Netz

Der I.G.-Farbenkonzern hatte sich schon lange vor Hitlers Machtantritt ein bestimmtes Fernziel gesteckt. Vom Schwarzen Meer bis zum Atlantik sollte seine Macht reichen, ein riesiger Block sollte Europa umklammern, und in seiner Mitte dächte man sich, — wie die Spinne in ihrem Netz — das Direktorium des Konzerns. An der Erreichung dieses Zieles wurde zielbewußt gearbeitet. Hitlers Heere soll nicht marschieren und in ihrem Gefolge wollte der Konzern die besetzten und eroberten Länder ausrauben. Und so kam es auch! Das erste Opfer war Oesterreich, wo die Pulverfabrik Skoda-Werke Wetzlar Gegenstand des Begehrens war. Oesterreich wurde besetzt und diese Werke kamen in den Besitz des Konzerns. Dasselbe Bild zeigt sich bei dem Überfall auf die Tschechoslowakei, wo die Chemischen Werke des Aussiger Vereins zwangsweise eingegliedert wurden. Dieses Projekt war schon längere Zeit vor der Münchener Konferenz beschlossene Tatsache, denn das I.G.-Farben-Direktorium kannte Hitlers Pläne genau. Auch von dem Angriff auf Polen wußte man rechtzeitig und nach der Beendigung des Polenfeldzuges streckte die I.G.-Spinne ihre Greifer nach den drei großen polnischen Chemie-Werken Boruta, Wola und Winiwica aus. Die Besitzer der Wola-Werke waren Juden und wanderten in das KZ, und damit in den Tod. Der letzte große Raub erfolgte nach der Beendigung des Krieges gegen Frank-

reich. Hitler belohnte die treue Gefolgschaft des I.G.-Farben-Konzerns damit, daß er ihm die gesamte französische Chemie-Industrie auslieferte. Die Monopolherren glaubten sich nun auf der Höhe ihrer Macht und gesichert für alle Zeiten. Wie sehr sie darauf vertrauten, erhellt die Tatsache, daß das I.G.-Farben-Direktorium eine Neuordnung der Farben- und Chemie-Industrie für ganz Europa entwarf, in dem der deutsche Großkonzern die chemische Produktionskapazität eines jeden einzelnen europäischen Landes festgelegt hatte. Mit dem Siege Deutschlands dachte man auch die Niederwerfung Englands als sicher, und man plante eine neue Art von Kontinental-sperre zugunsten der deutschen chemischen Produktion. Die britische chemische Industrie sollte Deutschland dreißig Prozent an seinem Umsatz garantieren. Jeder Export der englischen Farbstoff- und Chemieindustrie sollte verboten werden, und England sollte seinen Einfuhrbedarf an chemischen und Farbprodukten nur aus Deutschland beziehen dürfen. Damit wäre nicht nur die ganze europäische Chemieindustrie in die Hände des Frankfurter Weltkonzerns geraten, sondern die gesamte Chemiearbeiterschaft Europas wäre der Ausbeutung eines einzigen Großherren erlegen. Die nationalsozialistische Wirtschaftstyrannis hätte die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse restlos zerschlagen und Europa

Aus den Geheimakten von Hub

Fortsetzung von Seite 3

sten Sinn des Wortes und es ist sicher kein Zufall, daß ihr propagandistischer Wortführer mit dem alten Mal des dämonischen Menschen, dem Klumpfuß, gezeichnet war.

Diese Realitäten nicht wahrhaben zu wollen — und darin liegt das psychologische Interesse der Öffentlichkeit am Fall Hub — würde bedeuten, daß man frevelhaft die Last des Gewissens verkennt, die das Wort „Nürnberg“ auf eine Epoche unserer nationalen Geschichte senkt hat. Mit „Nürnberg“ allein ist diese Schuldtafel in keiner Weise reingewaschen. Es gibt noch viele andere solcher Schuldtafeln; eine davon ist die Hub. Diese Epoche muß von uns erkannt und verworfen werden. Es gibt keinen anderen Weg, sie zu überwinden. Wir müssen abschwören, dem Geist der Menschenverachtung und der Mißachtung des menschlichen Lebens, Bedrängnis von außerordentlichen Tagessorgen, bestürzt von dem sich immer schärfer abzeichnenden Folgen des Zusammenbruchs, sind viele Deutsche gar nicht fähig, wahrzunehmen, daß die jüngste Geschichte unsere Nation in eine Finsternis versetzte, aus der herauszukommen sie vielfach noch gar nicht begonnen hat. Wie lange soll dieser Winter des Geistes und der See-losigkeit noch währen? Seine Schneedecke würde uns zum Leichtentuch werden, wenn wir, ehe sie fällt, in den Boden Deutschlands kein Samen Korn der Einsicht versenkt haben werden! Als ein Beitrag zu dieser Läuterung sei der Fall Hub hier beschrieben, damit das edle und reine Feuer des Zornes, das der ungerechtfertigte Tod eines einzigen Menschen in früherer Zeit in uns entfachte, wieder in die Herzen unseres Volkes übergreife.

„Die gute Sache“

Aus der Fülle des Materials, das die Geheimakten des Dr. Gercke bieten, veröffentlichen wir nachstehend das außerordentlich aufschlußreiche Schreiben, das Dr. Gercke am 11. Februar 1940 — also nach dem Abgang des ersten Transportes an den Regierungsdirektor Dr. Sprauer gerichtet hat. Es handelt sich dabei um das handschriftlich angefertigte Konzept des Schreibens, das der ordnungsliebende Dr. Gercke zu den Akten genommen hat.

Geheim 11. 2. 40
Herrn Reg. Dir. Dr. Dr. Spr.
Khe
Min. d. I.

In Verlauf Ihrer Verf. v. 8. 2. 40 wurden — wie schon telefonisch gemeldet — die Kranken am 9. 2. vormittags abgeholt. Es ergaben sich dabei keine Zwischenfälle.

Auch die bekanntgegebene Motivierung des Abtransportes als Maßnahme der Regierung, die durch die Mobilisierungsverhältnisse — Freimachung von Plätzen — bedingt sei, hat durchaus eingeleuchtet. Auch bei meinem Personal.

In der Umgebung allerdings, besonders auch in Bühl, hat das Ereignis sich sofort herum-

gesprochen, und man hat geglaubt, aus dem Satze, „die Hub fängt an zu räumen“, allerlei Schlüsse zu ziehen. Ich habe die Tatsache des Abtransportes mit unbekanntem Ziel meinem Landrat persönlich mitgeteilt und es war mir dabei nicht ganz leicht, ihm im obigen, ja mit Ihnen besprochenen Sinne zufrieden zu stellen. Er war gerade am Donnerstag wegen Räumungsangelegenheiten dienstlich in Khe gewesen (wobei er auch Sie gesehen hätte) und war der Meinung, daß ein Evacuieren der grünen Zone ausgeschlossen sei. Da ich ihm nun auch gleichzeitig melden konnte, daß wir in der Hub von Wiesloch 20—30 Patienten aufnehmen würden, so werden Sie verstehen, daß es schwer war, ihm den logischen Zusammenhang der beiden Fakta zu explicieren. Jedenfalls hat Landrat Englert vor, in der Frage bei Ihnen mit mir vorzusprechen. Ich halte dies für unnötig, wenn Sie mich ihm gegenüber von meinem Schweigeverprechen entbinden und mir gestatten würden, ihn aufzuklären. Ich möchte das sehr befrworten, da die unklare Situation, bei den sich wiederholenden Transporten sich auch ja immer wiederholen würde und für die Geheimhaltung es besser und im Ganzen beruhigender wäre, wenn meine vorgesetzte Dienststelle da nicht auch ein — immerhin nicht unberechtigtes — Erstaunen an den Tag legen müßte.

Ich wäre Ihnen dankbar für eine baldige Stellungnahme.

Zum Abtransport selber möchte ich nur folgende Erfahrungen mitteilen. Ich habe die betr. Pflegelinge vorher nicht unterrichtet. Sie wurden bei Eintreffen der Autos angezogen und eingeladen — innerhalb einer Stunde war alles erledigt. Sie wissen hier nur, daß es ins Württembergische geht. All das völlig sich in Ruhe. Es wäre mir aber lieb gewesen, wenn ich etwas früher unterrichtet worden wäre und besonders die Liste eher zur Hand gehabt hätte. Der Transportleiter Vorberg meinte auch, sie wäre 3 Tage vorher der Abgabeanstalt dazulegen. Es war da nötig, noch einmal alle Krankenakten durchzusehen, die einzelnen Patienten auf ihre Geeignetheit zu prüfen. Hierbei stellte sich heraus, daß man uns leider eine ganze Zahl jetzt sozialer Personen genommen hätte, d. h. solche Pflegelinge, die ständig wichtige Aufgaben in der Anstalt zu verrichten haben und der sich bei dem katastrophalen Mangel infolge des eingegangenen Personals unersetzbar waren. Es handelt sich dabei z. B. um unseren Friedhofsgärtner, Bibliothekar, Garagenarbeiter und verschiedene andere, zusammen neun Personen. Das spielt aber keine Rolle. Da einestells es in den Autos so wie so ein Platz gefehlt hätte, andererseits der Transportleiter erklärte, daß man diese Anstaltswünsche zu respektieren pflege. Aufgefallen war mir an der Auswahl der Pflegelinge, daß mehrfach nicht auf die Tatsache Rücksicht genommen war, daß sie Angehörige hatten. Unter den von mir Zurückbehaltenen waren mehrere, deren Verschwinden

Gedenk'age der Woche

- 9. Februar — 1881 F. M. Dostojewski, russ. Schriftst., gest.
- 10. Februar — 1837 A. S. Puschin, russ. Dichter, gest. — 1923 Wilhelm Konrad Röntgen, deutsch. Physiker, gest.
- 11. Februar — 1847 Thomas Edison, amerik. Physiker, geb. — 1931 Fritz Ebert wird Reichspräsident.
- 12. Februar — 1824 Immanuel Kant, Philosoph, gest. — 1859 Ch. Darwin engl. Naturforscher, geb. — 1883 Richard Wagner, gest.
- 14. Februar — 1468 Johann Gutenberg, Erfinder der Buchdruckerkunst, gest.
- 15. Februar — 1564 Galileo Galilei, geb. — 1781 Gotthold Ephraim Lessing gest. — 1916 Adolphe Degeyter, Komp. der Internationale, gest.

wäre ein einziges KZ. geworden. Damit kommen wir zum letzten und erschütterndsten Kapitel im Leben eines kapitalistischen Großkonzerns. Wir wissen, daß auch in anderen imperialistischen Ländern der Wirtschaftskampf erschreckende Formen angenommen hatte, so z. B. beim Kampf um das Erdöl. Den Vogel hat aber doch der I. G.-Farbenkonzern abgeschossen, denn er nahm Anteil an Hinmorden von Millionen In- und Ausländern in den Konzentrationslagern. Dazu kam, daß die Abteilung für Giftgasherzeugung ein Gas hergestellt hatte, welches das mörderische der Welt genannt werden kann, und welches den Alliierten unbekannt war. Es ist bezeichnend für die Einstellung des I.G.-Farben-Direktoriums, daß es von Hitler den Einsatz dieses absolut tödlichen Giftgases im Kampf forderte. Dieses Gas machte jede im Gebrauch befindliche Gasmaske unwirksam. Aber selbst Hitler zögerte. In Buchenwald wurden Giftgasversuche von Seiten der I. G.-Farben an den Lagerinsassen ausgeführt, und nach dem Gelingen dieser Experimente konnte die SS mit I. G.-Farben-Produkten an die Massenausrottung menschlichen Lebens herangehen. Dasselbe war in Auschwitz der Fall. 95% der deutschen Giftgasproduktion kam von den I. G.-Farben, welche hoffte, durch ihre Anwendung Hitler siegen zu lassen, und sich selbst die Herrschaft zu sichern.

Heute ist Deutschland zusammengebrochen und der deutsche Imperialismus ist vernichtet. Damit hat auch der allmächtige Trust der I. G.-Farben aufgehört zu bestehen, und die Mitglieder des Direktoriums sehen als Hauptschuldige ihrer Aburteilung entgegen. Diese Prozesse werden voraussichtlich im März beginnen. Außer von Schnitzler, Schmitz und anderen Direktoren wurde auch Ludwig Amorob, der Leiter der Giftgasabteilung und Organisator der Auschwitz-Fabriken, unter Anklage gestellt. Diese Prozesse werden zu den aufschlußreichsten gehören, weil sie die Wege des deutschen Imperialismus restlos aufdecken werden. Die Welt hat dann Gelegenheit zu erkennen, daß sich Krieg und Imperialismus wechselseitig bedingen und daß imperialistische Kriege unvermeidlich sind, solange sich das Eigentum an den Produktionsmitteln in wenigen Händen befindet. HI

bel den Angehörigen sicherlich Erregung und evtl. Nachforschungen bewirkt hätten. Das wäre bedenklich gewesen und hätte der an sich guten Sache geschadet. — All dieses Ihnen mitzuteilen, hielt ich für meine Pflicht.

Heil Hitler!
Dr. G.

Die Antwort auf dieses Schreiben ließ nicht lange auf sich warten. Sie lautete:

Karlsruhe, den 13. Februar 1940
Medizinreferent
im
Ministerium des Innern

Sehr geehrter Herr Kollege!
Ich bin im Besitze Ihres Schreibens vom 11. II. und halte Ihre Anregungen zweifellos für beachtenswert. Ich möchte es aber doch für richtig halten, wenn Sie gelegentlich mit dem Herrn Landrat hierher kämen. Wir könnten dann die Angelegenheit hier besprechen.

Heil Hitler!
(gez.) Dr. Sprauer

„Geheimfonds“

Dr. Gercke war in der Tat ein korrekter Mann. Davon zeugt unter anderen Listen eine mit dem Vermerk: „betr. Porto für Geheimsendungen“. Es handelt sich um Porto-Auslagen für Briefe, Postkarten usw. Diese Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 6.98 Mark. Das könnte belanglos erscheinen; aber am Ende dieser Aufstellung befindet sich eine längere Bieistiftnotiz folgenden Wortlauts: „Diese Zusammenstellung betrifft die „Geheim“ wegen Platzwirtschaft abgehende Post. Damit es niemand vom Personal merkt, wurde hierfür eine von einer Firma geschenkte kleine Summe von 14.35 Mark verwendet. — Der Restbetrag von 7.37 Mark befindet sich in persönlichem Besitz des Direktors Dr. Gercke und soll später für Personalzwecke verwendet werden.“
Hub, 16. 1. 42 Dr. G.“

Möglichst ohne Angehörige Landes-Pflegeanstalt Grafeneck-Würtbg.

Grafeneck, den 20. Februar 1940
bei Münsingen

Herrn Dr. Gercke
Kreispflegeanstalt Hub
Bühl/Baden

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nach eingehender Beobachtung schicke ich Ihnen heute folgende acht Patienten wieder zurück: (fo.gen acht Namen).

Gleichzeitig bitte ich Sie, um ein leeres Zurücklaufen der Wagen zu vermeiden, uns andere Kranke mitzuschicken. . . . Suchen Sie bitte nach Möglichkeit die Schwerstkranken heraus und diejenigen, die keine Angehörigen mehr haben oder keinen Besuch mehr bekommen.

Heil Hitler!
(gez.) Dr. Baumhard

Freiburg, 3. Februar

Die Kartoffeln — übrigens die letzten, die ich noch hatte, — standen auf dem Tisch und dampften verheißungsvoll. Sonst gab es nichts dazu. Und doch, mich ließ ein bestimmtes Gefühl nicht mehr los, daß doch noch etwas da sein müsse. Was aber nur? Ich grübelte und grübelte und kam nicht darauf. Sondern stand ich kurz darauf vor dem leeren Regal in der Speisekammer. Es war nichts mehr da. Ich weiß nicht, wie ich auf den verrückten Gedanken kam, auf den Boden zu knien und einmal unter den Schaff zu schauen. Fast hätte ich einen irr-sinnigen Schrei losgelassen, unter dem Regal lag etwas! Eine dunkle Flasche war's! — „Heidel-beeren!“ entzifferte ich mühsam auf dem schmutz-ig gewordenen Etikettenpapier. Hurra, das Mittagessen war in letzter Minute gerettet! Wie ein wildgewordener Handfeger „spritzte ich zurück in die Küche und suchte nach einem Instrument, um den verhärteten und verklebten Verschluss zu öffnen. Ein altes Taschenmesser fand sich in irgend einem Winkel meines ehemals feudalen gewesenen Anzugs. Taschenmesser war eigentlich überflüssig, es war mehr so eine Art „Krotten-gieker“, wie der Volksmund zu dieser Spezies von heruntergekommenen Messern aller Art sagt. Ich setzte also besagten „Krottengieker“ als Hebel an und drückte feste los. Brrrrrrsch! rauschte eine dunkle tintenartige Saffrontöne zur Decke empor. Als ich mich von der Ueber-raschung erholt hatte, sah ich, daß die weiß-geputzte Decke und ein Teil der Wände, lauter dunkle Sommersprossen bekommen hatten. Ueber-haupt fast alles in der Küche. Jetzt sitze ich da und warte, bis meine Frau von der Reise zurück-kommt, um dann zu hören: „Man kann Euch Männer eben nie allein lassen!“ Und das habe ich schon zu . . . zigtausendsten Male gehört. Schon in der Kindheit sagen es unsere Mütter zu uns. Kismet! Nur über eines bin ich mir noch nicht klar geworden: Machen wir Männer eine Dummheit, dann heißt es, wir seien „dämlich“. Hat eine Frau alle inneren und äußeren Vor-züge, die man sich denken kann, dann heißt es, die sei „herrlich!“ — ?

N.B. Aber die Heidelbeeren haben trotzdem geschmeckt!

Nazi-Opfer - mangelhaft betreut

Die kürzlich stattgefundene Versammlung der Naziopter in Bühl hat mit der Kritik an der Landesstelle eine Reihe von Fragen aufgeworfen, an denen wir im Interesse eines gesunden demokratischen Staatsaufbaues nicht achtlos vorübergehen können.

Beim Einmarsch der alliierten Armeen waren es die Naziopter, die durch ihre tatkräftige Mit-arbeit ein Chaos verhindert. Wo sind sie heute? Sie wurden beiseitegeschoben. Andere kamen überhaupt nicht zum Zug, obwohl sie während des Dritten Reiches nur Opfer und Ver-folgung kannten. So kam es, daß Milchsammler-steinen in den Händen von Naziaktivisten blie-ben, Post, Bahn und Krankenkassen stellen für die untere Angestelltenlaufbahn jeden und alle ein, nur keine Naziopter. Wohl besteht ein Er-laß des Präsidenten des Landesarbeitsamtes, wo-nach Naziopter bevorzugt Arbeit zu verschauen wäre. Aber welche Arbeit, muß man fragen? Vielleicht Trümmerbeseitigung, damit die Nazis uns wieder verlocken können? Eine klare und eindeutige Auslegung wäre angebracht.

Aufgabe einer demokratisch arbeitenden Lan-desstelle wäre es, dem Verein für die Opfer des Nationalsozialismus über alle Parteien hinweg eine kämpferische Note für Frieden und Demo-kratie zu geben. Bei richtiger Leitung dürfte es keine Probleme geben, sei es Entnazifizierung, sei es Verwaltung, bei dem nicht der Verein der Naziopter ein gewichtiges Wort mitzusprechen hätte. Dann würden die Opfer des Faschismus zu einem Faktor, mit dessen Dasein jede Be-hörde rechnen müßte. Die Naziopter würden zum Motor eines demokratischen Staatsaufbaues.

Vielfach besteht in der Öffentlichkeit noch die Meinung, daß der Besitz eines Ausweises dem Inhaber besondere Vorteile sichere und ver-schaffe. Wir müssen feststellen, daß dies nicht der Fall ist. Die Naziopter mit dem gelben Ausweis erhalten als besondere Vergünstigung die Schwerarbeiterkarte L. Alle anderen erhalten

Aus den Betrieben

Wiedergutmachung - Schippaktion

Freiburg. In der am 24. Januar in der Ritro-möbelfabrik Fortschritt stattgefundenen Be-lehungsversammlung wurde zur Betriebsrätekon-ferenz, zu Betriebsräte-, Gewerkschafts- und Be-triebungsstellen, ferner zu der angekündigten Demontage von 4000 Werkzeugmaschinen in der französischen Zone Stellung genommen. In der Diskussion wurde auf die Notwendigkeit der baldigen Schaffung eines Entnazifizierungsgesetzes hingewiesen, das eine wirkliche Denazifizie-rung gewährleistet. Bezüglich der Demokratisie-rung der Wirtschaft wurde zum Ausdruck ge-bracht, daß der Umbau der Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, die Auflösung aller Mo-nopole und Konzerne, das Verbot jeglicher Un-ternehmerverbände unerlässliche Voraussetzungen sind, die im Interesse unseres Aufbaus ihre bal-dige Realisierung finden müssen. In einer ein-stimmig angenommenen Resolution brachte die Belegschaft folgendes zum Ausdruck:

Die Durchführung der Demontage von 4000 Werk-zeugmaschinen aus der französischen Besatzungszone ist für unsere Wirtschaft untragbar. Wir richten die Bitte an die Besatzungsmacht von diesem Vor-haben Abstand zu nehmen. Wir anerkennen die gerechte Forderung der alliierten Nationen auf Wie-dergutmachung der durch Hitlerdeutschland ver-ursachten Schäden. In diesem Sinne sind wir aus-berit bei entsprechender Bereitstellung der nöti-gen Rohstoffe bei der Herstellung von neuen Werk-zeugmaschinen für Reparationszwecke mitzuwirken.

Zum Thema Freiburger Schippaktion wurde ausgiebig Stellung genommen, nachstehen-der Antrag eingebracht und einstimmig ange-nommen:

Die Belegschaft der Firma Fortschritt ist der Auf-fassung, daß im Interesse der Werktätigen bei der Schippaktion in erster Linie die notwendigen Vor-beitungen geschaffen werden müssen. Diejenigen

Tagung der Werktätigen

Arbeitervertreter fordern gesetzliche Rechte

Singen. Die von den Gewerkschaften einbe-rufene Konferenz der neugewählten Betriebs-räte im Landeskommisärbezirk Konstanz war außerordentlich gut besucht. Kollege Hohlwegler begrüßte die Erschienenen und insbesondere die Vertreter der Militärregierung. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Referate der Kollegen Breitenbach (Freiburg) und Dr. Faist (Singen).

Kollege Breitenbach wies darauf hin, daß sich die Zusammenarbeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften für beide Teile starkend aus-wirken wird. Die Betriebsräte müssen sich durchsetzen, wobei sie die ihnen vom Be-triebsrätegesetz zugestandenen Rechte unbeein-flußt vom Arbeitgeber auszuüben haben. Das Ziel der Gewerkschaften muß es sein, die gesetz-liche Verankerung des Mitbestimmungsrechts in der Wirtschaft zu sichern.

Die Diskussion bewegte sich im wesentlichen um die Frage, ob das Mitbestimmungsrecht in das Gesetz eingebaut werden soll, oder ob es im Wege freier Vereinbarung zwischen Arbeit-nehmern und Arbeitgebern zu erreichen sei. Kol-lege Schmidt (Stöckach) betonte die unbedingte Notwendigkeit gesetzlicher Verankerung und gab damit dem Willen aller Delegierten Ausdruck. Kollege Strauch (Singen) forderte eine Volksab-stimmung über die Vergesellschaftung der Nazi-erbtöpfe.

In seinem Referat sprach Kollege Dr. Faist über die Notwendigkeit einer sinnvollen Wirt-schaftsplanung, und forderte weitgehenden Ein-fluß der Gewerkschaften auf die Industrie- und Handelskammern. Schließlich wude eine in Sin-gen ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber erwähnt, in der die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Partner mit-wirken, wobei der Vorsitz zwischen beiden wech-selt. In ähnlichen Zusammenkünften werden wichtige Fragen von allgemein-wirtschaftlicher Bedeutung besprochen. Es scheint, als wenn man darin Anzeichen dafür erblicken kann, wie heute die Kapitalisten das geforderte Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ebenso in ein ver-äußerliches Scheinrecht verwandeln möchten.

wie unter Hitler das Betriebsrätegesetz durch die Zuerkennung des Vorsitzes im Betriebsrat an den „Betriebsführer“.

Die Konferenz faßte folgende drei Resolu-tionen:

1. Die Delegiertenkonferenz der Betriebsräte ersucht das Wirtschaftsministerium, kein Mittel unversucht zu lassen, um die in Aussicht ge-stellte Abmontierung von weiteren 4000 Werk-zeugmaschinen in Baden zu verhindern. Die Ar-beiterschaft ist bereit, ihre Arbeitskraft bis zum Äußersten für die Herstellung neuer Maschi-nen zu Reparationszwecken einzusetzen. Dadurch würde allen Interessen besser gedient, als durch die Lieferung gebrauchter Maschinen, die gleich-zeitig die Arbeiterschaft ihres Brotverwerbes be-raubt.
2. Die Delegiertenkonferenz ersucht das Lan-desarbeitsamt, Notdienstverpflichtungen für Ar-beiten außerhalb des Wohnbezirks des Betrof-fenen nur im äußersten Notfall, mit angemessener Frist und nach vorheriger Verständigung der Gewerkschaften auszusprechen, damit diese sowohl bei der Ausreise als beim Einsatz selbst alle Gesichtspunkte prüfen und sich für deren Beachtung einsetzen können.
3. Die Betriebsrätekonferenz schließt sich der Forderung der Gewerkschaften an, wonach das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte verfassungs-rechtlich zu verankern ist.

Der Januar war abnorm kalt

Freiburg. Wie der vergangene Dezember, ist auch der Januar ein viel zu kalter Wintermonat geworden. Man konnte im Großen gesehen drei Witterungsabschnitte scharf unterscheiden. Das erste Drittel des Monats wurde in Südbaden durch das Rußlandhoch beeinflusst, welches am Dreikönigstag in Freiburg die Temperatur auf minus 17,3 Grad absinken ließ, nachdem während der Dezemberfrostperiode schon minus 17,5 Grad gemessen wurden. Nach Dreikönig stiegen die Temperaturen tagsüber bei süd-westlicher Luft-zufuhr an, während in den kalten Nächten leichter Frost eintrat. In dieser Zeit wurden einige Male 13 Grad Wärme überschritten. Um so jä-hrer empfand man daher den Umschwung der Wetterlage am Ende des zweiten Drittels. Durch ein sehr stabiles Hochdruckgebiet, welches sich zuerst über Frankreich und England ausbreitete, später sich bis zum nördlichen Eismeer erstreckte, sanken die Temperaturen erneut ab. Schließ-lich wurde die Verbindung mit dem russischen Kältehoch hergestellt, so daß in Freiburg meh-rere Tage die Morgentemperatur unter minus 16 Grad lag. Das Minimum des Monats betrug minus 17,6 Grad. (Normales Januar-Minimum für Freiburg minus 11,5 Grad).

Immerhin traten in einem über 50jährigen Zeitraum acht kältere Januarmonate auf, davon allein vier in den Jahren von 1943 bis 1945. Viel zu groß war auch die Zahl der Frosttage mit 27 (normal 19) und der Wintertage, d. h. Tage, an denen das Maximum den Nulppunkt nicht über-schritt, es waren insgesamt 17 gegenüber 8 im normalen Januar. An 11 Tagen lag das Minimum unter minus 10 Grad, an 5 sogar unter minus 15 Grad.

Auffallend war die Schneearmut und die Nie-derschlagsarmut allgemein. Nur an sieben Tagen lag in Freiburg eine dünne Schneedecke, achtmal schneite es, dabei zweimal mit Regen gemischt,

Freiburger Veranstaltungen

- Samstag, 8. Februar:**
Südtische Bühnen, Casino: Der Bürg., 20 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammertheater: Kabale und Liebe, 19.30 Uhr.
- Sonntag, 9. Februar:**
Südtische Bühnen, Casino: Meine Schwester und Ich, 15 Uhr. Der Troubadour, 19.30 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammertheater: Das Abgründige in Herrn Gerstenberg, 4.10 Uhr.
Kabale und Liebe, 19.30 Uhr.
- Dienstag, 11. Februar:**
Städt. Bühnen, Casino: Der Zigeunerbaron, 20 Uhr.
- Täglich:**
Casino-Lichtspiele: Das Leben ruft.
Friedrich-Lichtspiele: Mitternacht.
Harmonie-Lichtspiele: Der kleine Muck, Maskerade.
Union-Lichtspiele: Ein Mann geht seinen Weg.
Ausstellungen:
Augustinermuseum: Teile Meisterwerke mittelalterlicher Kunst.
Haus Stadlin: Ernst Hainberger.
Haus Scherer: Fritz und Anni Waldvogel.
Kunstspiegel: Moderne Malerei.
Haus Düren: Alte Stiche.

Infolge der Erkrankung des Herrn Wirtorf muß die für Sonntag, 9. Februar ange-setzte Premiere von Cosi fan tutte auf Freitag, 14., um 19.30 Uhr verschoben werden. Am Sonntag, 9. Februar, 19.30 Uhr, wird die Oper „Der Troubadour“ wiederholt. Die für Sonntag, 9. Februar zu Cosi fan tutte gelösten Eintrittskarten behal-en ihre Gültigkeit oder können an der Theaterkasse um-tauscht werden.

Dinge, die uns ärgern

In Freiburg hat die Firma A. N. einen merk-würdigen Kundendienst eingeführt. An den Ver-kaufstagen ist der Laden zwar geöffnet, aber nur alle 25 Minuten und dann nur einen kurzen Augenblick, damit 5 Kunden den Laden betreten können, um in den darauffolgenden 25 Minuten von 6 Verkäufern bedient zu werden. Ueber-schrift: Regler Geschäftsverkehr!

Und vor der Ladentür steht eine frierende Menschenschlange in Schnee und Eis, die sich trotz Verbotes die Beine in den Bauch steckt. Die-ser Zustand dürfte in der ganzen Stadt einzig-artig dastehen. So wie uns bekannt ist, sind jene Zeiten vorbei, wo das sattsam bekannte Sprichwort: Die Hälfte seines Lebens wartet der . . . na ja, Ihr wißt ja schon!

Aber unter den ungewöhnlichen Umständen kann man nicht umhin, jener Zeiten zu gedenken, wo man genau so geistreich vor der Bekleidungs- oder sonst einer Kammer, in irgend einer der unzähligen Zwingerburgen des Militarismus lauern mußte, bis man gnädigst zu zweien oder dreien Einlaß fand.

Wir aber sind heute der Meinung, entweder macht so ein Ladenbesitzer seine Bude an den betreffenden Verkaufstagen ganz auf, oder aber er läßt sie in drei Teufels Namen ganz zu. Aber einen Verkaufstag in lauter 25 Minuten Schei-chen zu schneiden, dazu gehören Nerven, so dick wie ein Drahtseil!

Kaktus

Freiburger Chronik

Pendelverkehr im Höfen'al

Freiburg. Ab 6. Februar ist zwischen den Bahnhöfen Hinterzarten und Posthalde auf der Höfen'alstrecke ein regelmäßiger Pendelverkehr aufgenommen worden, um einen durchgehenden Verkehr Freiburg—Donauschingen zu ermög-lichen. Posthalde ab 6.15, 9.20 und 19.20; ab Hinterzarten 8.45 und 18.45 Uhr.

Der Freiburger Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 26. November 1946 beschlossen, eine Hilfs-stelle für Fliegergeschädigte einzurichten, die nunmehr ihre Tätigkeit im Rathaus, Zimmer 20, aufgenommen hat.

An Sonn- und Feiertagen ist der Verkehr auf der Kaiserstuhlbahn bis auf unbestimmte Zeit eingestellt worden.

Die bereits vorbestellte Weinzuteilung wird voraussichtlich bis Samstag, 8. Februar, zur Aus-gabe gelangen. Der genaue Ausgabebestand von Ha-ferlocken wird noch bekannt gegeben.

Die Verteilung von zwei Sorten Salat-, Gelber-büben- und Spinatsamen aus einer Schweizer-spende an die Mitglieder des Vereins der Gartenfreunde Freiburg-Süd erfolgt am kommenden Montag, 10. Februar, für Buchstabe A—G, Diens-tag, 11. Februar: Buchstabe H—O, und Mittwoch,

12. Februar: Buchstabe P—Z. Die Ausgabe er-folgt in der Zeit von 14—17 Uhr, Reiterstraße 6. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlage der Mit-gliederkarte 1946. Es wird gebeten, das entspre-chende Verpackungsmaterial mitzubringen.

Nach der Wegräumung des Schutts in den ein-zelnen Etagen des Kaufhauses Richter wurde dort mit dem Bau eines neuen Dachstuhles begonnen.

Die Kriegsschäden der badischen Kreise

Ein aufschlußreiches Bild gibt jetzt eine amt-liche Tabelle, die die süd- und mittebadischen Stadt- und Landkreise im Spiegel ihrer Kriegs-schäden einander gegenüberstellt. An erster Stelle steht der Kreis Rastatt, der im Verhältnis zu den übrigen Kreisen in der französischen Zone Badens mit einem Verlust von 17,9 Prozent beziffert wird. Es folgt Freiburg-Stadt mit 17,6 Prozent, Freiburg-Land mit 10 Prozent, Lahr mit 8,5 Prozent und (an 5. Stelle) der Landkreis Donauschingen mit 7,3 Prozent. An 6. Stelle käme der Landkreis Kehl mit 6,1 Prozent, wäh-rend der Landkreis Offenburg mit 3,2 Prozent verhältnismäßig günstig weggekommen ist.

Vom Jugendbildungswerk

Freiburg. Im Rahmen des Jugendbildungswerks Freiburg Stadt und Land finden seit dem 15. Ja-nuar in der Lessingstraße 16 Arbeitsgemein-schaften statt, an denen nahezu 700 Jugendliche teilnehmen. Das Jugendbildungswerk bittet die Arbeitgeber im Interesse einer ordnungsmäßigen Durchführung der Arbeitsgemeinschaften, ihrer Jugend die Teilnahme zu ermöglichen. Die Ar-beitsgemeinschaften beginnen um 18.15 Uhr.

Ferner teilt das Jugendbildungswerk mit, daß sich Jugendliche für die Arbeitsgemeinschaften Buchbinderei, Schlosserei, Feinmechanik, im Haus der Jugend, Fürstenbergstraße 21, anmelden kön-nen. Diese Arbeitsgemeinschaften beginnen um 18.15 Uhr.

Ferner teilt das Jugendbildungswerk mit, daß sich Jugendliche für die Arbeitsgemeinschaften Buchbinderei, Schlosserei, Feinmechanik, im Haus der Jugend, Fürstenbergstraße 21, anmelden kön-nen. Diese Arbeitsgemeinschaften beginnen vor-aussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats Februar. Auch für die Arbeitsgemeinschaften Musik, Literatur, Ethik sowie Zeichnen und Aquarellkunst, Werkarbeit und Handarbeit kön-nen noch Anmeldungen angenommen werden.

Verantwortlich für den Rechenerfolg: Hans Adam Fester, Ottenburg

Aus dem Parteileben

An alle Landkreisleitungen

Am Freitag, 21. Februar, findet in Freiburg in der Lan-desleitung, Vaubansstr. 11 eine Besprechung der Genossen aus allen Kreisen statt, die die Tätigkeit eines Geschäfts-führers oder Direktors ausüben, sowie der Genossen, die Mitglieder des Lan-darbeitsamtes sind, an der auch alle Ge-nossen, die leitende Angestellten der Privatindustrie sind oder die eine leitende Funktion in der Gewerkschaftsbewegung einnehmen, teilnehmen sollen. — Tagesordnung: Demokratisierung der Wirtschaft; Aufgabenstellung; — Beginn der Sitzung: Nachmittag 1 Uhr.

Wir ersuchen alle Landkreisleitungen, die entsprechenden Genossen ihres Kreises von dieser Tagung persönlich oder schriftlich zu verständigen und uns mit Angabe der einge-leiteten Genossen, ihre Tätigkeit und Stellung in der Par-tei Mitteilung darüber zugehen zu lassen.

Die Landesleitung der KP

Biberach (Baden). Emil Ficht, Johann Burian, Symphonien Stern sind von der Landesleitung der KP (Lana Baden) als vorläufige rechtmäßige Leiter unserer Ortsabteilung in Biberach anerkannt worden.

Emmendingen. Der für Samstag, 8. Februar an-gesetzte Diskussionsabend der KP wird verschoben. Der neue Termin wird nach bekannt gegeben.

Offenburg. In ihrer ersten Sitzung besprach die Frauengruppe der Kommunistischen Partei die schwierige Lage der Holzversorgung. Sie arbeitet einen Plan für eine bessere Versorgung der Bevölkerung Offenburgs mit Haus-brand im kommenden Haushaltsjahr 1947/48 aus, den sie dem Stadtrat unterbreiten wird. Ferner beschlossen die anwesenden Genossinnen, in Zukunft regelmäßig zusammen-zutreten, um alle laufenden Fragen, die besonders die Frauen interessieren, zu besprechen.

Rheinfelden. Am 11. Januar fand im Gewerk-schaftshaus in Rheinfelden unsere erste Mitgliederversam-mlung in diesem Jahre statt. Der Besuch war gut, als Gäste waren von der Landesleitung Freiburg anwesend Genosse Fels und Rummelin. Zum Punkt 1 der Tagesordnung „War die Politik der Partei richtig oder nicht?“ sprach als erster unser Vorstand Gen. Egg, dem sich dann Genosse Fels aus Freiburg anschloß. Der Tätigkeitsbericht des Vorsit-zenden brachte recht Erfreuliches, der Mitgliederstand und der Abonnentenstamm unserer Volkszeitung ist beudeuten-geftiegen. Von den Sprechstunden unserer Partei wird von der Bevölkerung reger Gebrauch gemacht, dieser Erfolg ist ebenfalls erfreulich. Auch die Zusammenarbeit mit den anderen antihitlerischen Parteien wurde besprochen und der Arbeitsplan der Ortsabteilung Rheinfelden bekannt ge-gaben.